

Dr. Michael Rudloff:

## SED-Gründung in sozialdemokratischer Hochburg. Das Beispiel Leipzig



aus:

Werner Bramke und Ulrich Heß (Hg.):

### **Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert.**

Leipziger Studien  
zur Erforschung von  
regionenbezogenen  
Identifikationsprozessen,  
Band 2

Leipziger Universitätsverlag  
1998,

S. 371 – 413

### 1. Das „Mekka des Marxismus“?

Leipzig, wie Dir bekannt ist, war das Zentrum der Opposition innerhalb der SPD gegen die Vereinigung<sup>1</sup>, schrieb 1956 rückblickend Otto Buchwitz, 1945 / 46 Landesvorsitzender der SPD in Sachsen. Auf den ersten Blick mag es befremden, daß gerade die als traditionell links geltende Leipziger Sozialdemokratie dem Einheitskurs des damaligen SPD-Landesvorsitzenden den stärksten Widerstand entgegengesetzt hat.

---

<sup>1</sup> Otto Buchwitz an Paul Fröhlich, 24. Mai 1956 (Kopie bei Peter Russig, Dresden).

Die Entwicklung der Leipziger Sozialdemokratie seit den Jahren des Kaiserreichs vermag dies zu erklären. Leipzig galt als „Wiege der deutschen Arbeiterbewegung“. Die traditionsbewußte Sozialdemokratie war in Auseinandersetzungen mit übergeordneten Parteiinstanzen erprobt. Nicht zu Unrecht berief sich der sozialdemokratische Bezirksvorstand darauf, daß die Partei hier nie aufgelöst worden sei. Es waren dementsprechend die „alten Herren“, die 1945, noch unter den Bedingungen der politischen Quarantäne der amerikanischen Militärregierung, die Parteiorganisation wieder aufzubauen begannen: Funktionäre der Weimarer Sozialdemokratie, zum Teil seit Ende des 19. Jahrhunderts in der Partei. Das Durchschnittsalter der Mitglieder des SPD-Bezirksvorstandes lag im Jahre 1945 bei 55, 5 Jahren.<sup>2</sup> Dies brachte ein Moment an personeller, teilweise auch politischer Kontinuität mit sich - im Unterschied zu anderen Führungsgremien der SPD, etwa des Berliner Zentralausschusses (ZA) oder des „Büro Schumacher“ in Hannover, deren Zusammensetzung stärker von Zufälligkeiten bestimmt war, oder die wie in Thüringen eher auf einen politischen Bruch mit der Parteitradition setzten.

Der linke Nimbus der Leipziger Sozialdemokratie war hauptsächlich durch die Haltung ihrer Zeitung, der durch Bruno Schönlink begründeten *Leipziger Volkszeitung*, entstanden. Die politische Linie dieses Blattes, welches zeitweilig die Rolle eines inoffiziellen Zentralorgans der SPD spielte, war in den ersten Jahren ihres Bestehens allerdings weniger durch bodenständige Leipziger Sozialdemokraten, sondern vielmehr durch linkssozialdemokratische Intellektuelle wie Rosa Luxemburg, Franz Mehring und schließlich Paul Lensch, bestimmt worden. Die Diskrepanz zwischen der Leipziger Parteiorganisation und ihrer Zeitung enttäuschte manchen auswärtigen Sozialdemokraten, den es in das „Mekka der neuen Religion“, des Marxismus, gezogen hatte. Von einem „revolutionären Temperament“ der Leipziger Arbeiter war allerdings wenig zu spüren.<sup>3</sup> Als „Organisationsfetischismus“ charakterisierte Curt Geyer die typische Haltung der sozialdemokratischen Arbeiter Leipzigs. Unter dem Einfluß der *Leipziger Volkszeitung* hätten sie sich innerhalb der Gesamtpartei radikal gebärdet. Ihre Haltung sei jedoch alles andere als aktivistisch gewesen. In dem ihnen vermittelten Glauben an die Notwendigkeit der sozialistischen Umwälzung seien sie lediglich von dem Wunsch beseelt gewesen, „die Sozialdemokratie und ihre

---

<sup>2</sup> Vgl. die Berechnung von J. Tubessing, NKFD - Antifaschistischer Block - Einheitspartei. Aspekte der Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Leipzig, Magisterarbeit, Bielefeld 1993, S. 71, veröffentlicht unter gleichem Titel in Beucha 1996.

<sup>3</sup> Vgl. die übereinstimmenden Berichte von Friedrich Stampfer (Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957, S. 27 ff.), Hendrik de Man (Gegen den Strom. Memoiren eines europäischen Sozialisten, Stuttgart 1953, S. 73 ff.) und Curt Geyer (W. Benz / H. Graml [Hg.], Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen von Curt Geyer, Stuttgart 1976, S. 35).

Organisation immer größer und stärker zu machen.“<sup>4</sup> Wie in wohl keiner anderen Stadt entwickelten sie ein verzweigtes Netz sozialdemokratischer Freizeit- und Kulturorganisationen, welches von der „Wiege bis zur Bahre“ alle Lebensbereiche erfaßte und auf die Sozialdemokratie hin ausrichtete. Es verklammerte auch eher unpolitische Arbeiterfamilien mit der SPD und schuf so etwas wie eine sozialdemokratische Mentalität, die der Partei ein stabiles Mitglieder- und Wählerreservoir sicherte. Die Leipziger Sozialdemokratie war in starkem Maße Milieupartei. Als weiteres Beleg einer „linken Leipziger Sozialdemokratie“ gilt die Tatsache, daß sich 1917 nahezu die gesamte Parteiorganisation der USPD anschloß. Dies war wesentlich ein Verdienst des Leipziger Bezirksvorsitzenden Richard Lipinski, der durch eine „sanfte“, aber konsequente Umorientierung zur Opposition“ die Leipziger Parteiorganisation im wesentlichen zusammenzuhalten vermochte.<sup>5</sup> Die Bewahrung der Einheit der Partei und nicht ein mitunter beschworener „Leipziger Radikalismus“ bildeten das entscheidende Motiv. Ebenso einheitlich wie sie in die USPD eingetreten war, ging die Parteiorganisation dementsprechend 1922 wieder in der VSPD auf. Die Leipziger Sozialdemokratie beschritt einen zentristischen, am Beispiel Österreichs orientierten Weg. Dadurch gelang es ihr, die Kommunisten weitgehend zu marginalisieren. 1923 war es der Leipziger SPD-Bezirk, welcher sich vehement gegen Konzessionen an die KPD wandte, die zu dieser Zeit die sozialdemokratische Regierung Sachsens tolerierte. Dabei führte sie die Abhängigkeit der KPD von Moskauer Weisungen und deren gegenüber der SPD betriebene Differenzierungs- und Zersetzungspolitik an.<sup>6</sup> Selbst in Zeiten, in denen ehemals rechtssozialdemokratische Funktionäre auf Landesebene mit der KPD kooperierten, ging der Leipziger Parteibezirk nicht von einer prinzipiell ablehnenden Einstellung gegenüber der KPD ab. Daran änderte sich in den Jahren der Weimarer Republik wenig. Die NS-Zeit hatte die Haltung der 1945 erneut politische Verantwortung übernehmenden „alten Herren“ der Leipziger Sozialdemokratie zur KPD eher konserviert. Eine nachwachsende Generation junger Sozialdemokraten war von der aus der Weimarer Zeit übernommenen ideologisch motivierten Ablehnung der Kommunisten freilich weniger beeinflusst.

Bereits vor der Zulassung politischer Parteien hatten aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern zurückgekehrte Sozialdemokraten gemeinsam mit ihren Genossen, die in Leipzig während der NS-Zeit politische Kontakte aufrecht erhalten hatten, Parteistrukturen gebildet. Das Bewußt-

---

<sup>4</sup> Erinnerungen von Curt Geyer (Anm. 3), Stuttgart 1976, S. 35.

<sup>5</sup> Vgl. K. Rudolph / M. Hötzel, Richard Lipinski (1867 - 1936). Demokratischer Sozialist und Organisator politischer Macht, in: H. Grebing / H. Mommsen / K. Rudolph (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 247 f.

sein, eine nahezu ungebrochene Tradition zu verkörpern, kollidierte schon bald mit den Ansprüchen der sich institutionalisierenden Führungszentren in Berlin und Hannover. Es äußerte sich in einem selbstbewußten Auftreten der Leipziger Funktionäre unter anderem gegenüber dem Berliner Zentralausschuß (ZA). So mußte sich Erich Gniffke anläßlich seines Leipzig-Aufenthaltes die Frage nach der Legitimität des ZA als Führungsgremium einer gesamtdeutschen SPD gefallen lassen: „Der Parteivorstand in Berlin ist eine Zufallserscheinung, mit gleichem Recht könnte Leipzig und, historisch gesehen, Leipzig sogar mit mehr Recht“, den Anspruch stellen, Parteivorstand zu sein.<sup>7</sup>

Zunächst waren die Einflußmöglichkeiten des Berliner ZA durch die sowjetische Besatzungsmacht administrativ eingeschränkt. Obwohl seine Zuständigkeit als Parteizentrale der SPD der Sowjetzone von der SMAD immer wieder ausdrücklich betont wurde, hinderte diese den ZA lange Zeit daran, zur Erfassung des Parteaufbaus die Sowjetzone zu bereisen.<sup>8</sup> Dennoch bemühten sich die Leipziger um die Anerkennung durch den ZA, die ihnen auch gewährt wurde. Damit erhofften sie sich Rückendeckung im Falle von Konflikten mit der Besatzungsmacht, in zunehmendem Maße gegenüber den Ansprüchen der KPD - aber auch gegenüber den eigenen Genossen in Dresden, die unter Leitung von Otto Buchwitz einen Landesvorstand etabliert hatten. Nicht unterschätzt werden darf in diesem Zusammenhang ebenso das Bedürfnis nach einer starken, zentral geleiteten und disziplinierten Organisation gerade unter den traditionsbewußten Sozialdemokraten Leipzigs. Die Berufung auf die höhere Instanz der Partei war nicht in erster Linie ein Ausdruck mangelnder Entscheidungsfreudigkeit, sondern der Hoffnung, in der Organisation Schutz und Rückhalt zu finden. Diese defensive Position konnte allerdings leicht zur Falle werden.

Alle Widerstände vermochten schließlich nichts daran zu ändern, daß in Leipzig, wie auch in anderen Städten Sachsens, die SED-Gründung unter einer nach außen demonstrierten Zustimmung der Sozialdemokraten vollzogen wurde. Tatsächlich war der Handlungsspielraum der Leipziger Sozialdemokratie in den Monaten ihrer legalen Existenz eng begrenzt, von äußeren und inneren Zwängen definiert. Sie agierte in einer Situation, die kaum Alternativen zuließ. Politi-

---

<sup>6</sup> Vgl. M. Schmeitzner, Alfred Fellisch (unveröffentlichtes Manuskript), S. 30.

<sup>7</sup> Heinrich Fleißner, Zitiert nach H. Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Band IV, Die Anfänge des Widerstandes, Teil 1 Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten, unter Mitarbeit von A. Brüning, J. B. Hohmann, K. Sühl, I. Mensch-Khan. Der Bericht Gniffkes befindet sich im AdSD, NL Gniffke 32 sowie 11/1. Zur Gesamtproblematik vgl. auch W. Müller, Sozialdemokratie und Einheitspartei. Eine Fallstudie zur Nachkriegsentwicklung in Leipzig. Eine Fallstudie zur Nachkriegsentwicklung in Leipzig, in: D. Staritz / H. Weber, Einheitsfront. Einheitspartei, Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa 1944 - 1948, Köln 1989, S. 129 - 166.

ches Engagement war von der Duldung durch die jeweilige Besatzungsmacht abhängig. Sowohl die amerikanische als auch die sowjetische Militärverwaltung ließen keinen Zweifel daran, daß sie Verstöße gegen die von ihnen vertretene politische Grundorientierung nicht dulden würden. Allerdings waren auch sie in ihren Entscheidungen nicht frei. Der politische Konsens, dem sich die Alliierten zunächst noch verpflichtet fühlten, erforderte anfangs noch eine gewisse Zurückhaltung bei der Durchsetzung der eigenen politischen Präferenz.

## 2. Befreiung und Enttäuschung

Nach dem Tod des unumstrittenen Bezirksvorsitzenden der westsächsischen Sozialdemokratie Richard Lipinski betraute 1936 ein Gremium aus ehemals führenden Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern, Arbeitersportlern und Funktionären der Konsumgenossenschaft Stanislaw Trabalski<sup>9</sup> mit der Leitung der illegalen Parteiorganisation in Leipzig. In der Weimarer Sozialdemokratie hatte er keine herausgehobene Funktion bekleidet, wodurch er nicht von vornherein die Aufmerksamkeit der Repressionsorgane auf sich zog. Daß er der Schwiegersohn Lipinskis war, dürfte bei der Entscheidung für ihn eine geringere Rolle gespielt haben, als die organisatorischen Möglichkeiten, die ihm durch seine Tätigkeit in der Zentrale des gleichgeschalteten Konsumvereins Leipzig-Plagwitz zur Verfügung standen. Während der NS-Zeit war er siebenmal verhaftet, nach einiger Zeit jedoch wieder entlassen worden. Einmal hatten ihn Mitgefangene entlastet, in anderen Fällen hatte sich der Personalleiter des Konsum für ihn verwandt. Daß nach dem Ende des NS-Regimes Trabalskis Führungsfunktion auch durch prominentere Sozialdemokraten nicht angezweifelt wurde, honorierte zweifellos dessen Haltung im Widerstand. Ihm war es gelungen, illegale Organisationsstrukturen aufrecht zu erhalten. Eine völlige Gleichschaltung des Konsumvereins war den Nationalsozialisten mangels geeigneten Personals nicht gelungen; dort hatten Leipziger Sozialdemokraten nach dem Verbot der Partei einen Rückzugsbereich gefunden, mit fließenden Grenzen „zwischen der Aufrechterhaltung bloßer Kommunikationsstrukturen und aktivem Widerstand gegen das NS-Regime“, was 1945 für die schnelle Reorganisation der SPD in Leipzig von Bedeutung war.<sup>10</sup> Andererseits galt Trabalski auch als Kompromißkandidat der

---

<sup>8</sup> Vgl. H. Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus (Anm. 7), Band 4.1, S. 299.

<sup>9</sup> Zur Biographie siehe: M. Rudloff, Stanislaw Trabalski (1896 - 1985). Eine Biographie zwischen den politischen Systemen, in: Ders. / M. Schmeitzner (Hg.), „Solche Schädlinge gibt es auch in Leipzig“. Sozialdemokraten und die SED, Frankfurt a. Main 1997, S. 13 - 68.

<sup>10</sup> St. Jaunich, Personalpolitik als Instrument der Stalinisierung. Die Transformation der Konsumgenossenschaft Leipzig 1945 - 1956. Hausarbeit für das Staatsexamen Sekundarstufe II/I - Geschichte und Deutsch an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Seminar für Neuere und Neueste Geschichte, Münster 1996, S. 48.

„alten“ SPD-Funktionäre, deren gegenseitige - politisch wie persönlich motivierte - Animositäten durch das Erlebnis gemeinsamer Verfolgung eher äußerlich überdeckt worden waren.

Kurz bevor die amerikanischen Truppen im April 1945 Leipzig erreichten, bemühte sich der Provisorische Bezirksvorstand der SPD um Stanislaw Trabalski und den ehemaligen Leipziger Polizeipräsidenten Heinrich Fleißner<sup>11</sup>, den Oberbürgermeister Dr. Freyberg und den Polizeipräsidenten dazu zu bewegen, Leipzig zur „offenen Stadt“ zu erklären und den Volkssturm nicht zum Einsatz zu bringen. Daß den bis zum 19. April einrückenden Truppen lediglich am Völkerschlachtdenkmal nennenswerter Widerstand entgegengesetzt wurde, war parallel laufenden Bemühungen der Sozialdemokraten und des im September 1943 auf Initiative von Kommunisten gebildeten Leipziger Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) zu verdanken.<sup>12</sup> Nachdem es 1944 der Gestapo gelungen war, die Organisation des NKFD zu zerschlagen<sup>13</sup>, hatte es sich 1945 neu formiert. In einem offenen Brief forderte es den Oberbürgermeister ebenfalls zur kampflosen Übergabe der Stadt auf. An die Bevölkerung appellierte es, weiße und rote Fahnen auszuhängen. Kurz darauf erfolgte eine erste Kontaktaufnahme der Leipziger Sozialdemokraten mit der amerikanischen Besatzungsmacht. Der amerikanische Stadtkommandant Major R. J. Eaton war bereit, Sozialdemokraten bei der Besetzung der Stadtverwaltung zu berücksichtigen. Am 23. Mai wurde Heinrich Fleißner wieder als Polizeipräsident eingesetzt. Der konservative Rechtsanwalt Dr. Hans Vierling übernahm das Amt des Oberbürgermeisters, womit in der Stadt die politische Konstellation der Weimarer Republik wieder hergestellt war.<sup>14</sup> Der ehemalige sächsische Ministerpräsident Dr. Erich Zeigner wurde am 1. Juni zum Stadtrat für das Kulturwesen ernannt. Entsprechend der von der Besatzungsmacht verhängten „politischen Quarantäne“ war allerdings jede öffentliche Tätigkeit einer Partei unter Androhung einer hohen Geldstrafe untersagt. Die Wirkung dieses Verbotes hat der langjährige Leipziger ADGB-Vorsitzende Erich Schilling<sup>15</sup> anschaulich beschrieben: *„Die Hoffnung unserer Genossen, und vor allem der alten Funktionäre,*

---

<sup>11</sup> Zu Fleißner siehe auch M. Schmeitzner, Heinrich Fleißner (1888 - 1959). Sozialdemokratische Kontinuität vom Kaiserreich zur DDR, in: M. Rudloff / M. Schmeitzner (Hg.), *Schädlinge* (Anm. 9), S. 69 - 85.

<sup>12</sup> „Der Name NKFD wurde gewählt, weil wir durch den Moskauer Rundfunk zum ersten Mal von dem Vorhandensein einer organisierten, deutschen antifaschistischen Bewegung Kenntnis bekamen.“ StAL, SED-BA, III/12. Vgl. auch J. Tubbesing, NKFD (Anm. 2).

<sup>13</sup> Nach dem 20. Juli 1944 hatte die Gestapo einen großen Teil des Leipziger NKFD verhaftet. Georg Schumann, Otto Engert (ehemals KPO), Kurt Kresse, Wilhelm Plesse, Margarethe Blank, Wolfgang Heinze (parteilos) u. a. wurden zum Tode verurteilt und im Januar 1945 hingerichtet. Einigen der Verurteilten - darunter Kurt Kühn, Karl Plesse, Kurt Roßberg und Alfred Nothnagel (ehemals SAP) - war in den Wirren der Bombenangriffe auf Leipzig Anfang 1945 die Flucht gelungen.

<sup>14</sup> Vgl. M. Schmeitzner, Erich Zeigner (1886 - 1949). Linkssozialist im Zwiespalt, in: M. Rudloff / M. Schmeitzner, *Schädlinge* (Anm. 9), S. 127.

*daß nach dem Einmarsch der Amerikaner nichts mehr im Weg stünde, unsere Partei in aller Öffentlichkeit wieder aufzubauen, wurde arg enttäuscht. Wenn dies auch vom Standpunkt der Besatzungsmacht aus verständlich war - sah diese doch zunächst das ganze Volk als nationalsozialistisch verseucht und jede politische Tätigkeit als getarnte Fortsetzung der Nazis an - so konnten dies doch unsere Genossen nicht verstehen, und sie machten ihrem Mißmut in bitteren Worten Luft. Gefruchtet hat dies bei den Amerikanern jedoch nichts. Das bestärkte nur den Willen unserer Genossen, an dem Wiederaufbau unserer Partei mit allen Kräften zu arbeiten. Da dies öffentlich nicht möglich war, mußte es eben unter der Decke geschehen. Diese Arbeit wurde von unseren in der Polizeiverwaltung arbeitenden Genossen gegen die Besatzungsmacht abgeschirmt, so daß sie mit einiger Sicherheit und ohne große Gefahr durchgeführt werden konnte.“<sup>16</sup>*

Das Verbot jeglicher politischer Tätigkeit betraf mit Wirkung zum 28. April 1945 auch das von den amerikanischen Behörden zunächst noch geduldete Leipziger Nationalkomitee Freies Deutschland, das sich auf die Übernahme administrativer Aufgaben vorbereitete. Bei der Militärregierung beantragte es die Genehmigung zur Einrichtung von Geschäftsstellen und Ausgabe von Mitgliedsausweisen. Einer von den Militärbehörden übernommenen Selbstdarstellung des NKFD zufolge sollen zur Zeit des Verbots 4.500 Mitglieder in 38 Ortsausschüssen organisiert worden sein. Die geschätzte Zahl von 150.000 Anhängern dürfte eher Zweckpropaganda gewesen sein. Den Beobachtungen des - allerdings ebensowenig unparteiischen - Erich Schilling zufolge sei dem NKFD der erhoffte Widerhall in der Bevölkerung versagt geblieben. Es sei „trotz an den Tag gelegter Betriebsamkeit eine kleine, von der politisch interessierten Arbeiterschaft wenig beachtete Gruppe“<sup>17</sup> gewesen. Von Sozialdemokraten wurde das NKFD überwiegend als eine kommunistische Organisation empfunden. Sie mußten feststellen, daß ihre „Anwesenheit in diesen Komitees nicht immer erwünscht wurde“<sup>18</sup>. Daß mit Dr. Erich Zeigner und Professor Dr. Menzel zwei Sozialdemokraten der NKFD-Leitung angehörten - ebenso wie zwei Pfarrer, welche später der CDU beitraten - änderte daran wenig. Unter den 15 Leitungsmitgliedern befanden sich neun Kommunisten.<sup>19</sup> Einzelne Berichte regionaler NKFD-Funktionäre bestätigen die Tendenz, daß sich Sozialdemokraten von der Arbeit im NKFD weitgehend fernhielten.

---

<sup>15</sup> Zu Schilling siehe auch Th. Adam, Erich Schilling (1882 - 1962). „Es kommt nicht auf ... den Wortschwall von Einheit und brüderlichkeit an ...“, in: Ebenda, S. 186 - 201.

<sup>16</sup> AdsD, Nachlaß Schilling.

<sup>17</sup> AdsD, NL Schilling. Die SPD nach 1945 in Leipzig, S. 3.

<sup>18</sup> So Stanislaw Trabalski auf dem Ersten Bezirkstag der SPD am 26. August 1945, StAL, SED-BA, II/1/01.

<sup>19</sup> Vgl. J. Tubbesing, NKFD (Anm. 2), S. 80; StAL, SED-BA, III/12. Der NKFD-Leitung gehörte u. a. Pater Aurelius Arkenau an.

Tatsächlich hatte sich der Kern der kommunistischen Parteiorganisation im NKFD organisiert. Bereits Ende April 1945 formierte sich eine Unterbezirksleitung der KPD, bestehend aus 12 Mitgliedern<sup>20</sup>. Nach seiner Rückkehr aus dem KZ Sachsenhausen am 21. Mai 1945 übernahm Fritz Selbmann die Leitung der noch illegalen KPD. Bereits vor 1933 war er Politischer Leiter der Bezirksleitung Sachsen der KPD.

In Nachfolge des NKFD wurde im Mai 1945 der Antifaschistische Block geschaffen. Dessen Aufgabe bestand nach den Worten von Fritz Selbmann darin, einen gangbaren Weg zu finden, um die Illegalität, in der die KPD arbeiten mußte, „sobald wie möglich zu durchbrechen und zu einer legalen oder doch halblegalen Arbeit zu gelangen“<sup>21</sup>. Am 14. Juni 1945 erfolgte die Umbildung des „Antifaschistischen Blocks“ in einen aus 70 Mitgliedern bestehenden „Provisorischen Zentralausschuß“. In dessen Präsidium arbeitete als einziger prominenter Sozialdemokrat Erich Zeigner mit.<sup>22</sup> Im Juli einigten sich KPD und SPD schließlich auf die paritätische Besetzung des „Provisorischen Zentralausschusses“. Von da an existierte der Antifaschistische Block noch einen Monat, bis er durch den Block der Parteien ersetzt wurde.

Unmittelbar nach der Niederlage des NS-Regimes waren es auch in Leipzig Sozialdemokraten, von denen der erste Anstoß für die Bildung einer Einheitspartei ausging. „Es gab die Sehnsucht in der deutschen Arbeiterklasse nach dem Zusammenbruch des Faschismus die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zu etablieren. Bloß diejenigen, die mehr wußten, waren bereits mit der Skepsis behaftet, ob denn das gelingen werde angesichts der stalinistischen und kommunistischen Strategie.“<sup>23</sup> In diesem Sinne warnte Stanislaw Trabalski vor allzu großem Optimismus in den eigenen Reihen. Als ihm hier der Vorwurf gemacht wurde, die SPD wieder aufbauen zu wollen, wo doch eine „einheitliche Organisation der Arbeiterbewegung“ auf der Tagesordnung stehe, verwies er auf die Notwendigkeit der Fortsetzung der sozialdemokratischen Tradition und erinnerte an die Haltung der Kommunisten zum Ende der Weimarer Republik. Im übrigen habe „leider ... die kommunistische Partei ihre Selbständigkeit nach außen vertreten, so daß wir nach dem

---

<sup>20</sup> M. Bensing (Im revolutionären Kampf geschmiedet. Über das Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bezirk Leipzig 1945/46, Leipzig 1978, S. 38) benennt als Mitglieder der Unterbezirksleitung Leipzig der KPD im Mai 1945: Gerhard Ellrodt, Helmut Holtzhauer, Rudi Jahn, Harry Kuhn, Kurt Kühn, Fritz Selbmann, Otto Werner „und andere“.

<sup>21</sup> Zitiert nach: ebenda, S. 38.

<sup>22</sup> Vgl. A. Malycha, Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition. Ungekürzte Studienausgabe, Bonn 1995, S. XLVII. Im August 1945 führte die KPD Klage darüber, daß in den Ortsvereinen des Antifaschistischen Blocks keine SPD-Mitglieder mitarbeiten würden. Ihnen wurde vom Bezirksvorstand Zurückhaltung nahegelegt. Vgl. StAL, SED-BA, III/01.

<sup>23</sup> St. G. Thomas, Das „Büro Schumacher“ Selbstbehauptung und Freiheitskampf der SPD 1945 bis 1946, in: Einheit oder Freiheit?, Bonn 1985, S. 36. Thomas war von 1948 bis 1966 Leiter des Ostbüros der SPD.



ersten Aufruf der KPD uns entschlossen haben, unsere eigene Organisation um so stärker auszubauen.“<sup>24</sup> Auf Angebote zur Zusammenarbeit von sozialdemokratischer Seite reagierte die KPD in den ersten Monaten desinteressiert. SPD-Delegationen sahen sich mitunter „im Vorzimmer abgefertigt“<sup>25</sup>. Diese Reaktion erklärt sich aus der bis in den Sommer 1945 durch die KPD vertretenen Auffassung, wonach die SPD historisch gescheitert und keine relevante Größe mehr sei.<sup>26</sup> Die Moskauer Parteiführung der KPD verfolgte zunächst einmal das Ziel, die eigene Partei vollständig in den Griff zu bekommen.

Als programmatische Grundlage für die Reorganisation der Arbeiterbewegung diente zunächst das unter Federführung Hermann Brills verfaßte Buchenwalder Manifest. Es war mit einer Gruppe von 100 heimkehrenden NS-Gegnern aus dem Konzentrationslager Buchenwald Mitte Mai 1945 nach Leipzig gelangt. Mitverfasser des Buchenwalder Manifestes war Erich Schilling. Gemeinsam mit Dr. Werner Hilpert (ehemals 3. Vorsitzender der Deutsche Zentrumspartei in Leipzig und Stadtverordneter, später: CDU und stellvertretender Ministerpräsident in Hessen) und Harry Kuhn (KPD, ehemals KPO) hatte er die Leitung des „Anti-Nazi-Komitees Buchenwald-Leipzig“ inne, das sich um eine Kooperationsbasis mit den Besatzungsbehörden bemühte. In einem Schreiben bot es am 24. Mai der amerikanischen Militärregierung die Mitarbeit an.<sup>27</sup>

Unter den Bedingungen der politischen Quarantäne wurden erste Zusammenkünfte der sich neu formierenden Sozialdemokratie als Besprechungen der letzten Zeitereignisse durch Freunde getarnt. Der Versand des Buchenwalder Manifestes durch Stanislaw Trabalski diente zur Legitimierung einer Erhebung der Adressen von Sozialdemokraten der Weimarer Zeit. Auf diese Weise wurden auf halblegale Weise Anwärter für eine SPD-Mitgliedschaft karteimäßig erfaßt.

Im Mai 1945 entstand ein informeller Arbeitsausschuß, dem folgende Mitglieder angehörten: Rudolf Rothe, Ernst Schönfeld, Richard Herzog, Fritz Prietzel, Kurt Held, Karl Krüger, Willi Eilers, Bernhard Dietz, Albert Wolf, Franz Lorius, Ernst Utrott, August Kroneberg, Richard Gün-

---

<sup>24</sup> Brief Trabalskis an den Landesvorstand Sachsen der SPD vom 19. 7. 1945, in: StAL, SED-BA, II/1/02.

<sup>25</sup> Stanislaw Trabalski auf einer gemeinsamen Besprechung des Bezirksvorstandes der SPD und der Unterbezirksleitung der KPD, StAL, SED-BA, III/01.

<sup>26</sup> Rededisposition vom Mai 1945 im Museum für Geschichte der Stadt Leipzig. Vgl. auch: Der Weg unserer Partei. Rede des Gen. Hermann Matern vor Funktionären der KPD am 1. Juli 1945 o. O., o. J.

<sup>27</sup> Vgl. StAL, SED-BA, III/12. Die zeitweilige Mitgliedschaft Kuhns in der KPO wird in einem internen Bericht der Kreispartei kontrollkommission vom 1. 12. 1950 „über parteifeindliche Gruppierungen“ behauptet. Vgl. StAL, SED-BA, IV 5/01/271.

ther sowie Stanislaw Trabalski.<sup>28</sup> Schönfeld, Rothe und Utrott waren Überlebende der „Parteivorstands-treuen“ Widerstandsgruppe um Kurt Günther.<sup>29</sup>

Während einer dieser Aussprachen, am 27. Mai 1945, ging man daran, erste Strukturen für die Reorganisation der SPD in Leipzig zu schaffen. Dazu wurden „4 Genossen beauftragt, ... Verbindungen stadtteilweise aufzunehmen“.<sup>30</sup> Es waren die Bezirksvertrauensleute der illegalen SPD von 1933/34. Zunächst traf man sich regelmäßig in der Wohnung von Ernst Utrott im Leipziger Osten. Im Juli wurden die Zusammenkünfte in das Sitzungszimmer des Sozialpolitischen Ausschusses in der Schillerstraße verlegt. Eine Sitzung des erweiterten Bezirksausschusses legte am 3. Juli inhaltliche Verantwortlichkeiten fest und berief Mitglieder neu gebildeter Unterausschüsse.<sup>31</sup>

Unter amerikanischer Besatzung kam eine einigermaßen repräsentative Form der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten nicht zustande. Vielmehr brachen in der Frage der Neugründung der Gewerkschaften erste Kontroversen auf.

### 3. Das „Bäckerdutzend“ / Der Kampf um die Gewerkschaften

Entgegen den Hoffnungen einiger Gewerkschaftler erstreckte sich die politische Quarantäne nicht nur auf die Neubildung politischer Parteien, sie betraf ebenso gewerkschaftliche Organisationen. Allerdings hatte wenige Tage nach der Befreiung Leipzigs durch amerikanische Truppen das NKFD den Kommunisten und ehemaligen Funktionär der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) Kurt Kühn mit der Bildung eines „Provisorischen Gewerkschaftsausschusses“ beauftragt. Dieser Ausschuss, dem ausschließlich frühere RGO-Mitglieder angehörten, wandte sich am 25. April mit einem Aufruf „An die Leipziger Arbeiterschaft“. Alle ehemaligen organisierten und nicht organisierten Arbeiter wurden darin zur Bildung neuer Gewerkschaftsverbände „ohne partei- und religionspolitische Tendenzen“ aufgefordert.<sup>32</sup> Etwa zur glei-

---

<sup>28</sup> Vgl. StAL, SED-BA, II/2/03, Anschriftenverzeichnis, Einladungen. Kurzbiographien der Mitglieder des Arbeitsausschusses sind - soweit überliefert - enthalten in: M. Rudloff / M. Schmeitzner (Hg.), Schädlinge (Anm. 9), S. 35 ff.

<sup>29</sup> J. Tubessing, NKFD (Anm. 2), S. 71.

<sup>30</sup> Das waren für den: Nordbezirk: Bernhard Dietz, Westbezirk: Rudolf Rothe, Südbezirk: Ernst Schönfeld, Ostbezirk: Ernst Utrott.

<sup>31</sup> 1. Wirtschaftspolitik: Max Dohlus, verantwortlich für Handel und Handwerk: Alfred Schattanik, Heimstätten: Walter Beyer, 3. Erzieher- und Schulfragen: Otto Miersch, 4. Sozialistisches Schulungswesen: Valentin Hartig, 5. Bildungswesen, Kunst, Wissenschaft: Valentin Hartig, 6. Technik: Alfred Späther, 7. Volksgesundheit und Leibesübungen: Fritz Vogel, 8. Presse und Propaganda: Emil Rauch, (für den technischen Teil: Richard Thomas), 9. Verkehrswesen: Gustav Rothardt, (als Mitarbeiter: Willy Zauske).

<sup>32</sup> Faksimile in: M. Bensing, Kampf (Anm. 20), S. 64.

chen Zeit hatten sich ehemalige ADGB-Funktionäre - unter ihnen Hans Jahn<sup>33</sup>, Erich Schilling und Herrmann Schäfer - in einem „Fünfer-Ausschuß“ zusammengefunden. Dieser wurde bis zum 30. April durch die Aufnahme von Vertretern der Industriegruppen auf 13 Mitglieder erweitert. Anfang Mai 1945 kam es im Tabakladen des ehemaligen Vorsitzenden des Buchdrucker-Verbandes, Leopold Hesselbarth, zu ersten Sondierungen zwischen ehemaligen Funktionären der Freien Gewerkschaften und der kommunistisch dominierten Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Hier mußten sich die Kommunisten fragen lassen, welches Mandat sie berechtige, die Gründung von Gewerkschaften zu betreiben. Nach Ansicht der anwesenden ADGB-Sekretäre kämen solche Befugnisse in erster Linie den Funktionären zu, die bei der Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die SA von ihren Funktionen vertrieben worden sind. Der Anspruch der Kommunisten auf eine paritätische Besetzung der Funktionen war für die Sozialdemokraten nicht nachvollziehbar. Der ehemalige Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Hermann Schäfer, erinnerte daran, daß die Zahl der Kommunisten im DMV nicht mehr als ein „Bäckerdutzend“ gewesen sei, „das an einem einzigen Tisch Platz hatte“. Die so Angesprochenen verwiesen wiederum auf die Ausschlüsse von KPD-Mitgliedern aus den Verbänden des ADGB<sup>34</sup>.

Da eine Übereinkunft mit dem „13er Ausschuß“ nicht zu erzielen war, konzentrierte sich der „Fünfer-Ausschuß“ auf den Aufbau einer Basis in den Betrieben. In allen 38 Unterausschüssen des NKFD waren unterdessen sogenannte „Dreierköpfe“ gebildet worden, die Kontakt zu den Belegschaften der Betriebe aufnahmen. Im Mai 1945 sollen sie bereits in 77 Betrieben bestanden haben.<sup>35</sup> Sie wirkten auf die Bildung von Betriebsausschüssen hin, aus denen später Betriebsräte und Betriebsvertretungen hervorgingen.

Vermutlich hat die Verzögerung der Wiedenzulassung von Gewerkschaften durch die Besatzungsmacht zu einer Annäherung beider Richtungen beigetragen. Schließlich konnte man sich am 28. Mai auf die Bildung eines provisorischen Gremiums einigen, des sogenannten „Neuer-Ausschusses zur Vorbereitung der Gewerkschaftsgründung“. Mit ihrer Forderung nach Parität hatten sich die Kommunisten nicht durchsetzen können. Der Ausschuß setzte sich aus fünf Funktionären der SPD, zwei der KPD sowie jeweils einem Vertreter der ehemaligen Christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zusammen.

---

<sup>33</sup> Zu Hans Jahn ausführlich M. Rudloff, Hans Jahn (1885 - 1962). Sozialdemokratischer Gewerkschaftler in amerikanischer Uniform, in: M. Rudloff / M. Schmeitzner (Hg.), Schädlinge (Anm. 9), S. 175 - 185.

<sup>34</sup> Zitiert nach: K. Kühn, Vom Ringen um die Arbeiter Einheit in Leipzig. Schaffung der Einheitsgewerkschaft in Leipzig 1945, Niederschrift etwa 1962, StAL, FDGB-BA, SA 132.

<sup>35</sup> Vgl. J. Tubbesing, NKFD (Anm. 2), S. 74.

Zwei Tage später wurde unter Schillings Leitung ein Sozialpolitischer Ausschuß bei der Stadtverwaltung eingerichtet. Er sollte als eine „Auffangstelle für alle sozialen Belange der Einwohnerschaft“ tätig sein und bis zur Lizenzierung von Gewerkschaften entsprechende Aufgaben wahrnehmen. Seinem Selbstverständnis zufolge war er eher Vermittlungs- und Schiedsstelle als Klassenkampforganisation. Das anfängliche Einvernehmen mit den Kommunisten in der Haltung zum Sozialpolitischen Ausschuß wich daher schon bald der Konfrontation.

Der am 2. Juli 1945 erfolgende Wechsel der Besatzungsmacht veränderte die Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume sowohl der im Aufbau befindlichen Parteien als auch der Gewerkschaften grundlegend. Die Position der KPD und der ehemaligen RGO-Funktionäre wurde nachhaltig gestärkt. Auf Druck der SMA erfolgte schon bald die Auflösung des Sozialpolitischen Ausschusses und eine Umbildung des sogenannten „Neunerausschusses“, wodurch die KPD die von ihr geforderte Parität schließlich doch noch erreichte.

Allerdings vermochte sie es zunächst noch nicht zu verhindern, daß bei der Gründung der „Deutschen Einheitsgewerkschaft“ am 19. August 1945 im „Capitol“ der ehemalige Leiter des inzwischen durch die Kommandantur aufgelösten Sozialpolitischen Ausschusses Erich Schilling zu deren Vorsitzenden gewählt wurde. Schilling stand in engem Kontakt mit den Berliner Gewerkschaftsfunktionären Hermann Schlimme, Bernhard Göring und Karl Germer jr., die ihn über die scharfen Auseinandersetzungen im dortigen „Vorbereitenden Gewerkschaftsausschuß“ informierten. Dies bestärkte Schilling in der selbstbewußten Verteidigung seiner Position als Vorsitzender der Einheitsgewerkschaft in Leipzig sowohl gegenüber der Kommandantur als auch gegenüber den Kommunisten, die „die Gewerkschaften aus ihren traditionellen Aufgabenbereich verdrängen wollten“<sup>36</sup>.

Die KPD startete daraufhin eine heftige Kampagne gegen den von ihr so titulierten „Aal“, wobei sie sich der Unterstützung des sowjetischen Stadtkommandanten sicher sein konnte. Am 31. August 1945 schlug Helmut Holtzhauer (KPD, ehemals SAP, 3. Bürgermeister der Stadt Leipzig und späterer sächsischer Volksbildungsminister) in der Sekretariatssitzung der KPD-Kreisleitung vor, „Schilling mit Anhang zu verhaften“. Den Anlaß bot die Fortführung des Sozialpolitischen Ausschusses, „trotz Verfügung von Roßberg und Trufanow, ihn zu schließen“. Otto Schön gab zu bedenken, daß vorher zu prüfen sei, wieweit sich die SPD mit Schilling solidarisiere, und Karl Plesse plädierte für eine politische Auseinandersetzung. Um das Verhältnis zur SPD nicht einer zu starken Belastungsprobe zu unterziehen, sprach sich schließlich Ernst Lohagen gegen eine

Verhaftung Schillings aus. Gerhard Ellrodt legte nun den Maßnahmeplan dar: „Wir führen die Polizeimaßnahme (zur Schließung des Sozialpolitischen Ausschusses - R.) durch; im Anschluß Artikel; dann Aussprache mit SPD; dann Presse-Kampagne gegen Schilling.“<sup>37</sup> Bemerkenswert ist an dieser Diskussion, inwieweit die KPD bereits im Sommer 1945 staatlich-exekutive Aufgaben in Anspruch nehmen konnte.

Im November hatte sie ihr Ziel erreicht. Schilling wurde durch den im Sinne der KPD als kooperationsbereit geltenden Kurt Pohling ersetzt, der in der Leipziger Sozialdemokratie kaum über Rückhalt verfügte.<sup>38</sup> Um die Anhänger Schillings nicht völlig zu verprellen, fand man diesen zunächst einmal mit der Vermögensverwaltung der Gewerkschaften ab. Die Auseinandersetzungen um den Aufbau der Gewerkschaften prägten in starkem Maße das spätere Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten im Bezirk Leipzig.<sup>39</sup>

Spätestens mit der Ablösung Erich Schillings hatte die KPD zum Ende des Jahres 1945 klargestellt, daß sie in der Lage war, personalpolitische Differenzen weitgehend zu ihren Gunsten zu entscheiden, ohne auf die „Hoheitsrechte“ von ihr unabhängiger Organisationen Rücksicht nehmen zu müssen. Bereits unmittelbar nach dem Wechsel der Besatzungsmacht war es ihr gelungen, wie überall im sowjetischen Einflußbereich, die Kontrolle über das Innenressort zu erhalten. Im Gegenzug war die KPD bereit, repräsentative Funktionen durchaus Sozialdemokraten oder Bürgerlichen zuzugestehen.

Mitte Juli erfolgte die Ernennung des ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Erich Zeigner (SPD) zum Leipziger Oberbürgermeister. Einen Monat später wurde der sozialdemokratische Polizeipräsident Heinrich Fleißner durch den aus Chemnitz kommenden Kommunisten Kurt Wagner ersetzt. Die Polizeibeamten waren jetzt von einer massiven Entlassungswelle betroffen, welche unter dem Vorwand der Entnazifizierung auch ältere Beamte traf, die während der NS-Zeit der sozialdemokratischen Partei „gute Dienste geleistet“<sup>40</sup> hatten. Der Bezirksvorstand der SPD erblickte in der Ablösung Fleißners ein Signal. In dieser Situation wurde ein Rücktritt Trabalskis zugunsten Fleißners erwogen. Der sofort nach Leipzig entsandte sächsische SPD-

---

<sup>36</sup> F. Moraw, Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie, Bonn 1990 (Aktualisierte Neuauflage der 1973 erstmals erschienenen Studie), S. 111.

<sup>37</sup> StAL, SED-BA, I/3/05.

<sup>38</sup> Nach Auskunft von Reinhard Strecker habe die KPD auch gegen Pohling „gebohrt“. Vgl. StAL, SED-BA, IV 5/01/271.

<sup>39</sup> A. Malycha, Auf dem Weg zur SED. (Anm. 22), S. XLVII.

<sup>40</sup> Trabalski berichtete am 28. August 1945 vor SPD-Mitgliedern darüber, daß gezielt Polizeibeamte, die den sozialdemokratischen Kampfstaffeln angehörten, vor 1933 in die NSDAP „delegiert“ worden seien, um Informationen zu erhalten. Vgl. StAL, SED-BA, III/01, Blatt 97.

Landesgeschäftsführer Arno Haufe verwies die Leipziger daraufhin nachdrücklich auf die Befehlsgewalt der Besatzungsmacht. Der Stellvertretende Chef für Zivilangelegenheiten der SMA Sachsen, Generalmajor Dubrowski, habe unmißverständlich deutlich gemacht, daß er die vorgesehene Änderung nicht dulden würde. Ebenso wenig sei eine Bestätigung durch den Landesvorstand zu erwarten.<sup>41</sup>

### 3. „Die Russen kommen!“ / Auswirkungen des Wechsels der Besatzungsmacht

Andererseits hatte sich mit dem am 2. Juli 1945 relativ unspektakulär vollzogenen Wechsel der Besatzungsmacht ein Ende der politischen Quarantäne abgezeichnet. Bereits am 4. Juli war Bewegung in das Verhältnis von KPD und SPD gekommen. Noch vor ihrer offiziellen Wiedezulassung hatten sich Delegationen beider Parteien<sup>42</sup> auf eine Verteilung der Ressorts in der Stadtverwaltung einigen können: jeweils sechs Ressorts sollten an KPD, SPD und Bürgerliche gehen. Die Dreiteilung entsprach in keiner Weise der tatsächlichen Stärke der Parteien, vielmehr sollte sie unter den Ausnahmebedingungen die Bereitschaft zum „antifaschistischen Konsens“ symbolisieren. Am selben Tag hatte Walter Ulbricht die Leipziger KP-Führung auf eine Schwerpunktverlagerung von der Politik im Antifaschistischen Block auf die Besetzung der Stadtverwaltung eingeschworen. Daß es dabei offensichtlich wenig harmonisch zugegangen sein muß, läßt sich aus der vier Tage später vom Zentralkomitee der KPD beschlossenen Entsendung Hermann Materns nach Leipzig schließen. Er sollte die „vorhandenen Schwächen“ der dortigen Parteiführung abstellen.

Während einer „grundsätzlichen Aussprache“ im Leipziger Rathaus kamen Vertreter des SPD-Bezirksvorstandes und der KPD-Unterbezirksleitung am 9. Juli überein, ihre Arbeit an der am 19. Juni in Berlin getroffenen Vereinbarung des gemeinsamen Arbeitsausschusses von KPD und SPD auszurichten. Diese Erklärung war recht unkonkret gehalten und ließ gegensätzliche Interpretationen zu, etwa über das postulierte Ziel einer „antifaschistischen demokratisch-parlamentarischen Republik ..., die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeidet“.<sup>43</sup>

Am folgenden Tag forderte die sowjetische Kommandantur die Leipziger Sozialdemokraten auf, die notwendigen Unterlagen für eine Registrierung einzureichen, wobei sie zugleich das vorerst bestehende Verbot politischer Versammlungen bekräftigte. Demgegenüber hatte die KPD bereits

---

<sup>41</sup> Vgl. AdsD Bonn, NL Schilling, Mein Freund Heinrich.

<sup>42</sup> Für die KPD: Fritz Selbmann, Kurt Roßberg, Harry Kuhn; für die SPD: Dr. Erich Zeigner, Oswald Bauer, Stanislaw Trabalski. Vgl. StAL, SED-BA, III/0: Aktions- und Arbeitsgemeinschaft KPD - SPD.

am 5. Juli ihre erste Konferenz und danach noch eine beträchtliche Zahl von Versammlungen abhalten können. Der Leipziger SPD verweigerte die Kommandantur mit formal-bürokratischen Winkelzügen jedoch die Zulassung. Erst eine Intervention des Zentralausschusses bewirkte Mitte August eine Beilegung des Konfliktes. Die Handlungsweise der Kommandantur erklärt sich durch das selbstbewußte Auftreten der Leipziger Parteiorganisation, die der Besatzungsmacht zuwenig kooperationswillig erschien und nicht bereit war, sich einem zentralistischen Politikverständnis zu fügen. Nach Ansicht des Stadtkommandanten Trufanow wurde sie durch zu viele „rechte Sozialdemokraten“ repräsentiert.<sup>44</sup>

Immerhin konnte der Leipziger Bezirksvorstand der SPD, der am 11. Juli als sogenannter „17er Ausschuß“ an die Öffentlichkeit getreten war, am 27. Juli 1945 wieder ein eigenes Parteibüro eröffnen. Die Freude darüber war allerdings etwas getrübt. An einen Bezug des traditionsreichen Partei- und Redaktionsgebäudes in der Tauchaer Straße war nicht zu denken. Ebenso wie das Volkshaus war es während der Bombenangriffe auf Leipzig schwer beschädigt worden. So mußte der Bezirksvorstand Räume im Europahaus am Augustusplatz anmieten.

Bezüglich des Verhältnisses zur KPD vertrat der „17er-Ausschuß“ folgende Auffassung: „Verstärkter Ausbau der eigenen Organisation, gemeinsame Manifestationen mit der Kommunistischen Partei in Fragen des antifaschistischen Kampfes, aber Ablehnung jedes engeren Zusammengehens oder gar Verschmelzung beider Organisationen.“<sup>45</sup>

Das seit dem Besuch Ulbrichts in Leipzig durch die Berliner KPD-Führung vorbereitete Revirement in der Leitung der örtlichen KPD-Hierarchie wurde von August bis September 1945 vollzogen. Das Sekretariat beschloß am 7. August 1945 die Entsendung Anton Ackermanns nach Leipzig, „um dort Ordnung in der Leitung zu schaffen“<sup>46</sup>. Als erster Schritt erfolgte die Versetzung Selbmanns nach Dresden, zunächst als Präsident des Landesarbeitsamtes und Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen. Seine anschließende beachtliche Karriere wies vor allem staatliche, wirtschaftsleitende Funktionen auf. Wie eine 1946 durch den SED-Parteivorstand der Sowjetischen Militäradministration vorgelegte Dokumentation belegt, wollte die KPD damit den Ausbau einer Hausmacht durch den ambitionierten Politiker verhindern. Daß dieser die NS-Zeit im wesentlichen in Gefängnissen und im Konzentrationslager überlebt hatte und nicht durch die Perso-

---

<sup>43</sup> Zum Wortlaut des Berliner Aktionsprogramms vgl. K. - P. Schulz, Auftakt zum Kalten Krieg. Der Freiheitskampf der SPD in Berlin, Berlin 1965, S. 24.

<sup>44</sup> Vgl. N. Trufanow, Na postu voennogo kommandanta, in: Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig, Nr. 17 (1970).

<sup>45</sup> Aus dem Bericht über die Sitzung des „17er-Ausschusses“ der SPD Leipzig am 21. August 1945, zitiert nach: A. Malycha, Auf dem Weg zur SPD. (Anm. 22), S. 64 ff.

nalauslese des sowjetischen Exils gegangen war, machte ihn schwer kalkulierbar.<sup>47</sup> Den Delegierten der Unterbezirkskonferenz der KPD am 18./19. August teilte Hermann Matern in seinem Schlußwort mit, von nun an sei Ernst Lohagen der neue politische Sekretär der KPD. Die Art und Weise wie diese wichtige, durch das ZK der KPD getroffene Personalentscheidung den Delegierten lediglich bekanntgegeben wurde, warf nach Ansicht Tubbesings ein bezeichnendes Licht auf die Methoden der Parteiführung: „Die Delegierten hatten offenbar keine Entscheidungskompetenzen.“<sup>48</sup> Für die beiden profiliertesten Vertreter des NKFD, Karl Plesse und den Bürgermeister Kurt Roßberg, waren die Folgen weniger angenehm: Im September wurden beide verhaftet und nach Dresden gebracht. Auch nachdem sich der Vorwurf, sie seien Gestapo-Agenten gewesen, nicht aufrecht erhalten ließ, wurden sie auf untergeordnete Funktionen abgeschoben. Mehrere Mitglieder des ersten Sekretariats der Unterbezirksleitung vom Mai / Juni gehörten dem neuen Sekretariat nicht mehr an.

Die Einsetzung Ernst Lohagens als politischer Sekretär der KPD wurde den Sozialdemokraten gegenüber als Entgegenkommen verkauft und in einer späteren SED-Darstellung zu einer „wichtigen Zäsur im Ringen um die Aktionseinheit“ stilisiert. Dies erscheint reichlich absurd. Vielmehr war es dem Zentralkomitee in Berlin um die Durchsetzung seines Führungsanspruches gegenüber eigenständigen kommunistischen Bestrebungen in Leipzig gegangen. Ernst Lohagen, vor 1933 Pol.-Leiter der KPD in Hessen-Waldeck und zeitweilig den Ultralinken der KPD nahestehend, gelang es kaum, seine Abneigung gegenüber Sozialdemokraten zu verhehlen. In seinen Reden verfiel er gern in den KP-Jargon der letzten Jahre der Weimarer Republik. Als zynischer und intriganter Apparatschik schockierte er zuweilen auch die eigenen Genossen. Mit dem Beginn seines Wirkens in Leipzig wurde die Phase der Rivalität, zumindest auf Leitungsebene, durch kaum kaschierte Konfrontation abgelöst.

Nachdem die sowjetische Besatzungsmacht zwei Tage zuvor „Mit Ach und Krach“ die Genehmigung erteilt hatte, konnte die SPD am 26. August endlich ihren Ersten Bezirkstag im Rathaus eröffnen. Gegenüber der restriktiven Politik der Stadtkommandantur berief sich Stanislaw Trabalski während einer internen Sitzung am Nachmittag auf die durch Grotewohl überlieferte Äußerung Marschall Shukows, wonach sich die Moskauer Führung bei der Errichtung des innerhalb

---

<sup>46</sup> Zitiert nach: J. Tubbesing, NKFD (Anm. 2, Buchausgabe), S. 124.

<sup>47</sup> So argwöhnte Fritz Grosse in einem internen Bericht, daß es nicht ganz ausgeschlossen sei, daß Selbmann „ein bißchen auf eigene Rechnung arbeitet, es sah eine Zeit so aus, als ob er sich in Leipzig eine Plattform schaffen wollte. Aber es nichts Greifbares da.“ Ders., Bericht über die Lage in Sachsen, Moskau, 7. August 1946, (Manuskript im Besitz von Rainer Karlsch / Berlin), S. 44.

<sup>48</sup> J. Tubbesing, Nationalkomitee (Anm. 2, Buchausgabe), S. 125.



ihres Okkupationsgebietes intendierten Staatslebens nicht in erster Linie auf die kommunistische, sondern auf die über einen größeren Einfluß verfügende sozialdemokratische Partei stützen wollte. Zugleich berichtete er über erste Verhaftungen von Sozialdemokraten, beruhigte die Anwesenden aber, daß man sich „mit Geschick immer noch bewegen“ und die „notwendigen politischen Darlegungen machen“ könne.<sup>49</sup> An Stelle des ursprünglich vorgesehenen sächsischen Landesvorsitzenden Otto Buchwitz hielt der Vorsitzende des Berliner Zentralausschusses der SPD Otto Grotewohl das Hauptreferat.<sup>50</sup> Die SMAD hatte ihm erst kurz zuvor die Bewegungsfreiheit innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone gewährt. Zu Beginn bat er die am Einlaß auf ihre Parteizugehörigkeit überprüften Zuhörer, seine Ausführungen „nicht unbedingt als propagandistisches Material zu verwenden und zu werten“. Weder offizielle Vertreter der KPD noch der SMA waren anwesend. Grotewohl unterbreitete hier erstmals den auf ein erhofftes Sonderverhältnis zwischen den Vertretern eines demokratischen Sozialismus in Deutschland und der sowjetischen Besatzungsmacht gestützten Führungsanspruch der SPD einer - wenn auch beschränkten - Parteiöffentlichkeit. Diesen Anspruch leitete er aus einer rückhaltlosen Interessenvertretung der deutschen Bevölkerung gegenüber der Besatzungsmacht ab. Eine Namensänderung der Partei, die einen Bruch mit der Tradition der Weimarer Sozialdemokratie symbolisiert hätte, lehnte Grotewohl aus inhaltlichen wie „kommerziellen Gründen“ ab. In einer deutlichen Polemik nahm er die fremdnationale Steuerung der deutschen Kommunisten auf's Korn. Als weitere Begründung für den Führungsanspruch der Sozialdemokratie benannte er die in den Jahren der Weimarer Republik gesammelte Verwaltungserfahrung. Zugleich wies er jedoch auf den eingeschränkten Handlungsspielraum deutscher Politik unter den Bedingungen des Besatzungsregimes hin: „Diese Bindung müssen wir in der praktischen Verwaltungsarbeit versuchen, praktisch zu gestalten und zu lockern.“ Zugleich mußte sich Grotewohl des Auftrags der SMAD entledigen, die Leipziger SPD-Funktionäre zu einer Intensivierung der Kooperation mit der KPD zu bewegen, auch wenn dies inhaltliche Zugeständnisse und die Aufgabe bereits besetzter Schlüsselpositionen erforderlich machen sollte. Wer politischen Gestaltungswillen besitze, müsse dies akzeptieren oder sich zurückziehen. Über eine beabsichtigte Fusion mit der KPD fiel in dieser Rede am 26. August 1945 kein Wort. Zu der gerade in Leipzig aktuellen Frage der sozialdemokratischen Presse nahm der ehemalige Leiter der Pressekommission des „Vorwärts“ Otto Meier Stellung.<sup>51</sup> Er beklagte

---

<sup>49</sup> StAL, SED-BA II/1/01 sowie Aufzeichnungen von Stanislaw Trabalski, Erster Bezirkstag am 26. August 1945 / SPD-Bezirk Leipzig. (im Besitz des Verfassers). Im Folgenden hier zitiert.

<sup>50</sup> Vgl. SPD-BV: Rundschreiben Nr. 9, Leipzig, 15. August 1945, in: StAL, SED-BA, II/2/07.

<sup>51</sup> Ebenda.

die augenscheinliche Bevorzugung der kommunistischen Presse und die inhaltlichen Beeinträchtigungen durch die Besatzungsmacht. Gegenüber der von den westlichen Besatzungsmächten in ihren Zonen verordneten politischen Quarantäne beurteilte Meier die Situation in der SBZ allerdings immer noch günstiger.

Mit seiner selbstbewußten Rede vom 26. August hatte sich Grotewohl den Leipziger SPD-Funktionären ausdrücklich als wichtigster Konkurrent der Kommunisten präsentiert.<sup>52</sup> Daß sie dies als offene Kampfansage wertete, daran ließ die Leipziger Kreisleitung der KPD keinen Zweifel. Ein öffentliches Podium, dies zum Ausdruck bringen zu können, fand sich auf der ersten gemeinsamen Funktionärssitzung von KPD und SPD am 31. August im Leipziger Zoo. Nach einem breit angelegten historischen Exkurs unterstellte Lohagen Grotewohl „mit Absicht oder ohne Absicht die alten Gedanken der Koalitionspolitik, d. h. eine(r) gemeinsame(n) Politik mit dem Klassengegner“ wieder in die Arbeiterbewegung zu tragen. Selbst daß Grotewohl den Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 als Bruch mit der „früheren völligen Negierung der deutschen Politik“ begrüßt hatte, fand bei Lohagen keine Gnade. Anstelle der sonst üblichen vorsichtigen Selbstkritik rechtfertigte Lohagen die Politik der KPD in der Weimarer Republik. Als er sich dazu verstieg, für alle Anwesenden nachvollziehbar kontrafaktisch zu behaupten, die KPD habe „noch nie ... den sozialdemokratischen Arbeiter als Verräter angesehen“ und lediglich normale „Mißhelligkeiten“ und „Unkameradschaftlichkeiten“ einräumte, machten einige der geladenen sozialdemokratischen Funktionäre ihrem Unmut durch Zwischenrufe Luft.<sup>53</sup> Die Funktionäre der SPD hätten spätestens in diesem provokativen Auftritt erkennen können, daß die KPD-Politik auf ihre Unterwerfung abzielte. Als Konsequenz aus dem „für beide Seiten“ unbefriedigenden Verlauf der Veranstaltung forderte der Bezirksvorstand der SPD die sozialdemokratischen Genossen auf, von der Organisation örtlicher Aussprachsabende mit Kommunisten Abstand zu nehmen.<sup>54</sup>

#### 4. „Brüder in eins nun die Hände“

Am 10. September - knapp zwei Wochen nach Grotewohl - traf Erich Gniffke, der im Auftrag des ZA eine Inspektionsreise durch die Sowjetische Besatzungszone unternahm, in Leipzig ein.

---

<sup>52</sup> Vgl. L. Caracciola, Grotewohls Positionen im Vereinigungsprozeß (1945-1946, in: D. Staritz / H. Weber (Hg.), Einheitsfront - Einheitspartei. Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa 1944 - 1948, Köln 1989, S. 92. 1978 hieß es dagegen in der offiziellen SED-Version, Grotewohls Bekenntnis zur Einheit, „die auch in Leipzig große Teile der sozialdemokratischen Mitgliedschaft bereits bezogen“ hätten, habe es „den einheitsfeindlichen Kräften immer schwerer (gemacht), mit den bisherigen Methoden wirksam zu werden“. M. Bensing, Kampf (Anm. 20), S. 168, 170.

<sup>53</sup> StAL, SED-BA, III/01. Außer der Rede Lohagens ist nur der Diskussionsbeitrag Kurt Kühns überliefert.

<sup>54</sup> Rundschreiben Nr. 16, vom 25. 9. 1945, StAL, SED-BA, II/2/07.

„Hier mußte ich fast eine ganze Woche bleiben und schließlich auch noch Gustav Dahrendorf zur Hilfe anfordern. Wir verhandelten von früh bis spät. Es schien uns nicht zu gelingen, das Knäuel von Verkrampfungen, Gegensätzlichkeiten, Arglist und persönlichen Differenzen sowohl innerhalb der SPD als auch in den Beziehungen zur KPD völlig zu entwirren. In einem Punkt allerdings waren sich alle einig: in der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der KP-Führung.“<sup>55</sup> Im Unterschied zur Landeshauptstadt war es hier der SMAD und der KPD nicht gelungen, Teile der Parteiführung oder ganze Gruppen für ihr Konzept zu gewinnen, so daß die andernorts praktizierte Differenzierungspolitik ins Leere lief.<sup>56</sup> Dementsprechend ließ sich auch die Empfehlung Gniffkes und Dahrendorfs nicht durchsetzen, den Bezirksvorsitzenden Stanislaw Trabalski und den Parteisekretär Kurt Kaulfuß zum Rücktritt zu bewegen, bzw. sogar einen vom ZA abgestellten Bezirkssekretär für Leipzig einzusetzen.

Auf mangelnde Bereitschaft zur Unterwerfung reagierte Lohagen, indem er aus dem Fundus kommunistischer Politik der späten Weimarer Republik die Losung der „Einheitsfront von unten“ hervorholte. Auf einer Sitzung der KPD-Unterbezirksleitung am 21. September 1945 erklärte er, daß es in erster Linie darauf ankomme, „die SP (zu) zwingen, diese klare, antifaschistische Politik durchzuführen, heißt, für uns die Massen der SP für unsere Politik zu gewinnen.“ Notfalls müsse man „eine solche SP-Führung herbeischaffen, die konsequent unsere Linie mitgeht“. Er begründete den verstärkten Druck auf die Sozialdemokratie unter anderem damit, daß große Teile der Bevölkerung stimmungsmäßig gegen die KP eingestellt seien.<sup>57</sup>

Auf welche Weise sich die Leipziger KPD-Leitung im Zusammenwirken mit der sowjetischen Militäradministration eine genehme SP-Führung „herbeischaffen“ wollte, hatte sich bereits einen Monat zuvor bei einer streng vertraulichen Sitzung der KPD-Kreisleitung gezeigt. Das Protokoll dieser Sitzung macht zugleich das Zusammenspiel mit der Besatzungsmacht deutlich, das nicht lediglich durch eine subalterne KP-Führung geprägt war. Man fühlte sich seitens der KPD bereits in der Lage, Offizieren der sowjetischen Stadtverwaltung Aufträge zu erteilen. Gegenstand der Besprechung war die vermeintliche NS-Belastung führender Leipziger Sozialdemokraten: Erich Zeigner, Hans Weise, Val[en]tin Hartig und Stanislaw Trabalski. Die Diskussion drehte sich um die Frage, ob man das vorhandene Belastungsmaterial dazu nutzen solle, die Betroffenen politisch auszuschalten und zu ersetzen oder um sie „unter Druck zu setzen“. Unzufrieden war man

---

<sup>55</sup> E. Gniffke, Jahre mit Ulbricht. Mit einem Vorwort von Herbert Wehner, Köln 1966, S. 80.

<sup>56</sup> W. Müller, Die Gründung der SED - Das unfreiwillige Ende der Sozialdemokratie in der SBZ 1946, in: Vor 40 Jahren. SPD-Materialien, Bonn 1986, S. 11.

insbesondere mit Erich Zeigner, dem vorgeworfen wurde, daß „er immer sagt, er wolle unsere Politik machen, aber praktisch tut er es doch nicht“. Kurt Roßberg erblickte jetzt eine günstige Chance, Zeigner zu erpressen. Für einen „geraden Weg“ plädierte im Widerspruch dazu Karl Plesse. Man sei politisch stark genug, um sich auf solche Mittel nicht einlassen zu müssen. Seine Genossen teilten diesen Optimismus offensichtlich nicht. Kurz darauf wurde Plesse selbst Opfer der von ihm kritisierten intriganten Verfahrensweise. Zusammenfassend verdeutlichte Ernst Lohagen dagegen noch einmal sein Verständnis der Einheitsfront: „Wir machen aus dieser Frage ... eine Frage der Politik mit dem Ziel, nach unten Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Wir sagen ihnen, wenn ihr nicht dafür sorgt, daß die Partei gereinigt wird, wird sie von den russischen Besatzungsbehörden verboten.“ Der Mitarbeiter des sowjetischen Stadtkommandanten Generalleutnant Trufanow, Oberst Morosow, sollte beauftragt werden, eine Liste der SPD-Mitglieder anzufordern.<sup>58</sup> Bald darauf forderten die zuständigen Kommandanturen von den SPD-Ortsgruppen des Landbezirkes Leipzig Mitgliederlisten an.

Mit einer härteren Gangart gegenüber der SPD befand sich Lohagen in Übereinstimmung mit der Linie des kommunistischen Zentralkomitees. Zwar sollte die Aktionseinheit im Rahmen des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien vorangetrieben, das Hauptgewicht aber dem eigenen Parteaufbau zugeordnet werden. Während allerdings Lohagen noch am 21. September die „Einheitsfront von unten“ propagierte, deutete sich ein Kurswechsel der KPD an, der freilich noch stärkeren Konfliktstoff barg. Am 19. September hatte Pieck auf einer Kundgebung in Berlin das Ziel einer Vereinigung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter in einer „einheitlichen Arbeiterpartei“<sup>59</sup> postuliert. Damit reagierte die KPD auf das in den Reden Grotewohls zum Ausdruck kommende wachsende Selbstbewußtsein der Sozialdemokratie. Dieses war auch durch die organisatorischen Erfolge der Leipziger SPD gerechtfertigt. Nach einer im Auftrag der Besatzungsmacht erfolgten Erhebung der Mitgliederzahlen vom 4. Oktober 1945 verfügte die SPD im Unterbezirk Leipzig über 5654 Mitglieder, darunter lediglich 770 Frauen. Trambalski berichtete später, daß er die Besatzungsmacht lediglich über die Hälfte der tatsächlichen Mitgliederzahl informiert habe. Nach seiner internen Berechnung gehörten dem Unterbezirk in Wirklichkeit 6785 Männer und 1770 Frauen, insgesamt 8755 Sozialdemokraten an. In der gesam-

---

<sup>57</sup> Vortrag des Genossen Lohagen auf einer Sitzung der KPD-Unterbezirksleitung am 21. 9. 1945, S. 18 f., in: StAL, SED-BA, I/3/04.

<sup>58</sup> Sekretariatssitzung am 24. August 1945. Abschrift von Kurt Roßberg, StAL, SED-BA, Kreisleitung der KPD, I/3/05. Auszugsweise wiedergegeben in: M. Rudloff / T. Adam unter Mitarbeit von J. Schlimper, Leipzig - Wiege der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1996, S. 189.

<sup>59</sup> Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze, Band 2, Berlin 1952, S. 27.

ten Bezirksorganisation sollen demzufolge statt der 8057 offiziell gemeldeten 15143 Sozialdemokraten organisiert gewesen sein. Ihnen standen etwa 4000 Kommunisten gegenüber.<sup>60</sup>

Am 28. September 1945 beschloß das Sekretariat des ZK der KPD eine „neue Offensive“, in deren Mittelpunkt die Frage der Einheit von KPD und SPD stand. Im November wurde diese Kampagne forciert, nachdem die KPD ihren Organisationsaufbau im wesentlichen abgeschlossen hatte.<sup>61</sup> Sachsen war dabei von der KPD die Rolle eines Schrittmachers zugewiesen.

Ende 1945 mußte allerdings festgestellt werden, daß die Stimmung der Leipziger Sozialdemokraten eindeutig in Richtung einer Lösung von der KPD tendiere. Dessenungeachtet wurde durch die sozialdemokratische Presse unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht „der gegenteilige Eindruck ... der Harmonie mit der KPD erweckt“. Das rief innerhalb der SPD die Befürchtung hervor, daß eines Tages die Russen daraufhin sagen werden, „daß die Zeitungen der KPD und der SPD einig seien, also könne auch die Vereinigung der beiden Parteien stattfinden“.<sup>62</sup>

Die Verwurzelung der Partei in den Wohngebieten bildete eine Voraussetzung für deren Stabilität auch in Zeiten der Verfolgung. Unbekannt war in der SPD hingegen die von der KPD bevorzugte Betriebszellenorganisation. Die organisatorische Konsolidierung der KPD durch den Ausbau der Betriebsgruppen veranlaßte die SPD, parallel dazu eigene Gruppen zu bilden und ein System von Betriebsvertrauensleuten der SPD zu etablieren, obwohl sie darin eine Gefährdung der Gewerkschaftseinheit erblickte.<sup>63</sup> SPD-Gruppen sollten daher keine „Zellenarbeit“ in den Betrieben und Gewerkschaften leisten, aber die Aktivitäten der Sozialdemokraten bündeln, um der beobachteten Tendenz entgegenzusteuern, daß „oft tüchtige, der KPD nicht genehme SPD-Genossen“ durch die meist aktiveren KPD-Mitglieder aus dem Felde geschlagen würden.<sup>64</sup> Die Entscheidung kündigte der SPD-Bezirksvorstand einen Tag vor dem Beschluß des ZA, in jedem Betrieb eine SPD-Gruppe zu bilden, an. Damit reagierte die SPD auf die kommunistischen Bestrebungen, mittels der Betriebsgruppen dominierenden Einfluß auf die Betriebsleitungen und die gewerkschaftlichen Interessenvertretungen zu gewinnen. Hier erzielte die SPD einige Erfolge. Die Zahl

---

<sup>60</sup> Zahlenangaben nach AdsD, NL Stanislaw Trabalski 19a, Mitgliederbewegung SPD sowie F. Moraw, Die Parole der „Einheit“ (Anm. 36), S. 109. Dieser gibt für den September ein Zahlenverhältnis von 12.000 Sozialdemokraten zu 4.000 Kommunisten im Leipziger Parteibezirk an. Dabei bezieht er sich auf ein KPD-Rundschreiben vom 2. Oktober.

<sup>61</sup> Zu den Ursachen: A. Malycha, Auf dem Weg zur SED (Anm. 22), S. LXVIII ff., besonders S. LXXII. Vgl. auch: St. Donth, Die sächsische KPD 1945/46, Magisterarbeit. Historisches Seminar der Universität Leipzig, 1995, S. 118.

<sup>62</sup> StAL, SED-BA, IV/5/15.

<sup>63</sup> Vgl. Rundschreiben Nr. 24, 26. November 1945, StAL, SED-BA, II/2/07.

<sup>64</sup> Kurt Kaulfuß, Vor neuen Aufgaben. (Diskussionsunterlage für SPD-Betriebsgruppen, SPD Bezirk Leipzig, Abteilung Gewerkschaftsfragen. o.D.

ihrer Betriebszellen wuchs ziemlich rasch. Mitunter gelang es ihr, wie beispielsweise im Leipziger Schlachthof, die kommunistischen Betriebszellen hinsichtlich ihrer Mitgliederstärke zu übertreffen.<sup>65</sup> Die Kehrseite des Wachstums der sozialdemokratischen Betriebszellen bestand darin, daß durch sie ein Mitgliederpotential in die Partei eingebracht wurde, das kaum in den sozialdemokratischen Traditionen verankert war. Eine genaue Prüfung aller Aufnahmegesuche sollte einer Unterwanderung entgegenwirken: Für jeden Aufnahmebegehrenden, „der nicht schon früher Mitglied der SPD war“, wurden „zwei einwandfreie Bürgen“ gefordert. Nach Ansicht Erich Schillings sei es auf diese Weise gelungen, die „Partei im Großen und Ganzen von unliebsamen Elementen“<sup>66</sup> freizuhalten. Es darf allerdings bezweifelt werden, ob dies vor dem Hintergrund der Nachkriegswirren und der Wanderungsbewegungen wirksam gewesen sein kann.

Im geschlossenen Auftreten der Parteimitglieder in den Betrieben und in den Möglichkeiten, Einfluß auf die Betriebsleitungen auszuüben, sahen die Leipziger Sozialdemokraten durchaus Vorteile der Betriebsgruppenarbeit. Aber sie wiesen darauf hin, daß eine „enge freundschaftliche Bindung der Mitglieder“ nur in den Ortsgruppen möglich sei. Noch auf dem letzten Parteitag der sächsischen SPD am 6. April 1946 - in Leipzig gab es schon die SED - setzten sie die Festschreibung der Ortsgruppen als bestimmendes Element der Partei durch.<sup>67</sup> In dem bereits zitierten internen Bericht über die Situation in Sachsen konstatierte Fritz Grosse noch im August 1946 innerhalb der SED die Ablehnung der Betriebsgruppen durch die frühere SPD.<sup>68</sup>

Die Betriebsgruppen wurden organisatorisch von der Abteilung Gewerkschaftsfragen beim SPD-Bezirksvorstand betreut, die von dem nicht gerade durch Einheitseuphorie auffälligen Kurt Kaulfuß geleitet wurde. Zu ihrer Anleitung dienten regelmäßig erscheinende Rundbriefe. In ihnen wurde häufig über Konflikte mit den kommunistischen Pendanten berichtet. Dies steht im Widerspruch zu der Bewertung der Betriebsgruppen als „wesentlichen Einigungsfaktor“<sup>69</sup>. Daß dies in vielen Bereichen nicht so war, bestätigt selbst die in den achtziger Jahren erschienene offizielle Darstellung der SED. Sie verwies darauf, daß sich bereits vor der Vereinigung nicht wenige Betriebszellen der SPD gebildet hatten. Den „rechten Sozialdemokraten“ sei es nicht um Organisationsfragen, sondern um die Stärkung ihres Einflusses gegangen (den Kommunisten offensichtlich nicht): „Denn während sie einerseits die Betriebsgruppenarbeit ablehnten, versuchten sie andererseits Betriebsgruppen in Bereichen, in denen noch starke opportunistische Einflüsse existierten.“

---

<sup>65</sup> Vgl. J. Tubbesing, NKFD (Anm. 2), S. 111.

<sup>66</sup> AdsD, NL Schilling, Die SPD in Leipzig nach 1945, S. 4.

<sup>67</sup> Vgl. St. Donth, Die sächsische KPD (Anm. 51), S. 171 ff.

<sup>68</sup> Fritz Grosse, Bericht über die Lage in Sachsen (Anm. 47), S. 44.

tierten, für ihre Ziele zu nutzen.“<sup>70</sup> In der KPD-Agitation spielte die vermeintliche Harmonie der Betriebsgruppen beider Parteien jedoch eine entscheidende Rolle. Ihren Angaben zufolge hatten sich im März 1946 bereits 176 Betriebsgruppen teilweise schon seit Monaten zusammenschlossen und somit auf der betrieblichen Ebene die Einheitspartei hergestellt.<sup>71</sup> Tatsächlich gelang der entscheidende Einbruch in die sozialdemokratische Organisation nicht über die Betriebsgruppen, sondern auf der Ebene der Landesvorstände der SPD.<sup>72</sup>

5 „Apostel der Einheit“ / Differenzierungen und Konflikte innerhalb der Sozialdemokratie  
Allein die Existenz eines Landesvorstandes der SPD, der das politische Gewicht der Bezirksvorstände einschränken sollte, bot Anlaß für Konflikte. Der Leipziger Bezirksvorstand berief sich auf eine Entscheidung des Münchener Parteitages von 1902, wonach es keine Landesvorstände geben sollte. Auch in dem wiederaufgelegten Parteistatut war eine Landesleitung nicht vorgesehen. Es ging dabei weniger um eine formale Diskussion um Leitungsstrukturen oder die durchaus vorhandene traditionelle Rivalität zur Landeshauptstadt: Die Zwischenschaltung des Landesvorstandes schmälerte das politische Gewicht der zuweilen renitenten Bezirksvorstände und richtete die Partei in stärkerem Maße, als aus der Vorkriegs-SPD bekannt, zentralistisch aus. Der Landesvorstand unter Buchwitz erschien den Leipziger Sozialdemokraten als zu kompromißbereit gegenüber den Ansprüchen der Besatzungsmacht und der deutschen Kommunisten. Die Besatzungsmacht wiederum stützte den Landesvorstand, indem sie klarstellte, daß die Parteien im Landesmaßstab genehmigt worden seien und daher den Weisungen der Landesvorstände nachzukommen hätten. Im Falle einer Nichtanerkennung des Landesvorstandes drohte sie mit einem Verbot der betreffenden Parteigliederung.

Buchwitz, der sich bei öffentlichen Auftritten selbst als „Apostel der Einheit“ bezeichnete, betrachtete die Aufhebung der Spaltung der Arbeiterbewegung gleichsam als „religiöse Pflicht und geschichtlichen Auftrag“. Tatsächlich war der 1898 in die SPD eingetretene Buchwitz in der Tradition des alten Parteizentrums vor 1914 verwurzelt, „das einseitig auf die Wahrung der Einheitlichkeit und den Ausbau der Parteiorganisation bedacht war und dieser Sorge faktisch sogar den

---

<sup>69</sup> J. Tubbesing, NKFD (Anm. 2), S. 111.

<sup>70</sup> M. Bensing, *Führende Kraft des demokratischen Neuaufbaus. Über die Formierung und beschleunigte Entwicklung der SED als marxistisch-leninistische Partei im Ringen um die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Macht der Arbeiterklasse im Bezirk Leipzig 1946 bis 1949*, Leipzig 1985. Trotz des barocken programmatischen Titels fällt die Darstellung durch eine ungewöhnlich offene Darstellung der internen Auseinandersetzungen innerhalb der frühen SED aus dem Rahmen.

<sup>71</sup> Vgl. ebenda.

<sup>72</sup> Vgl. Frank Moraw, *Die Parole der „Einheit“* (Anm. 36), S. 149.

Vorrang vor allgemeiner Politik einräumte“<sup>73</sup>. Die Erfahrungen der NS-Zeit, die für Buchwitz durch Emigration und Zuchthaus geprägt war, trugen darüber hinaus dazu bei, den an der Vorkriegssozialdemokratie orientierten Einheitsgedanken emotional, ja quasi religiös aufzuladen, ihn mit übersteigerten Hoffnungen zu verbinden. Die Konfrontation mit der Realität in der von ihm mitgeschaffenen Einheitspartei bewirkte einen jahrelangen schmerzhaften Anpassungsprozeß, „in dem sich Desillusionierung und Selbstopologie miteinander mischten“.<sup>74</sup> Dies verband ihn mit zahlreichen Sozialdemokraten, zum Teil auch mit seinen Kritikern im Leipziger Bezirksvorstand der SPD.

Otto Buchwitz stand in den kritischen Monaten des Jahres 1945 / 46 unter starkem Einfluß des Landesvorsitzenden der KPD, Hermann Matern. Dessen Bemühungen um ein enges persönliches und freundschaftliches Verhältnis zu seinem SPD-Pendant waren nach Ansicht des Augenzeugen Robert Bialek<sup>75</sup> einzig durch das Ziel motiviert, in Sachsen das Musterbeispiel der Vereinigung von SPD und KPD zu schaffen. Den Konflikt, in den Buchwitz geraten war, verdeutlicht eine durch Bialek wiedergegebene Äußerung Materns im Sekretariat der Bezirksleitung der KPD vom Ende 1945: „Kaum habe ich bei Otto alle Bedenken gegen eine Vereinigung der beiden Parteien beseitigt, kann ich den nächsten Tag wieder von vorn anfangen. Der alte Mann hat keinen eigenen Willen, den nächsten Tag hört er wieder auf die Einflüsterungen der rechten Sozialdemokraten im Landesvorstand, die mit allen Mitteln versuchen, Buchwitz für sich zu gewinnen.“<sup>76</sup> Matern ging davon aus, daß im Gegensatz zu Buchwitz die Mehrheit des Landesvorstandes der sächsischen SPD unter dem Einfluß Kurt Schumachers stehe und mehr oder weniger gegen die Vereinigung eingestellt sei. Dies träfe auf den Ministerpräsidenten Friedrichs ebenso zu wie auf Arno Hauffe, Felix Kaden oder Max Rausch. „Allerdings gibt es unter ihnen starke Meinungsverschiedenheiten, die wir ausnützen müssen. Einige sind der Meinung, daß man sich wohl mit der KPD vereinigen könnte, wenn man die Gewähr bekommen würde, daß die ehemaligen SPD-Funktionäre wichtige Funktionen in ihre Hand bekämen. Ich bin der Meinung, daß wir das tun werden. ... Für uns ist es überhaupt nur wichtig, daß wir im Landesmaßstabe einen Vorsitzenden, das Kader- und Organisationssekretariat in unsere Hand bekommen. ... Unsere nächsten Aufgaben sind also, Otto Buchwitz fest und entschlossen für die Vereinigung zu machen, die ablehnen-

---

<sup>73</sup> Ebenda, S. 64.

<sup>74</sup> Ebenda.

<sup>75</sup> Kurzbiographie in: M. Rudloff / M. Schmeitzner (Hg.), Schädlinge (Anm. 9), S. 147.

<sup>76</sup> R. Bialek, Manuskript II (Der Autor dankt Herrn Professor Dr. Werner Müller, Rostock, für die Möglichkeit, das Manuskript einzusehen.), S. 117 f.



de Mehrheit im Landesvorstand der SPD durch Ausnützung der charakterlichen Schwächen der Einzelnen zu spalten und die Vereinigungsbewegung von unten herauf in Gang zu bringen.“<sup>77</sup>

In den Konflikten mit der KPD bemühte sich der Landesvorstand um Vermittlung - allerdings mit bescheidenem Erfolg. So forderte Buchwitz - an den Bezirksvorständen vorbei - die Ortsgruppen auf, ihm bestehende Differenzen und Schwierigkeiten, unter denen die „Zusammenarbeit mit den Genossen der KPD“ leide, mitzuteilen, um diese mit den „Genossen von der Landesleitung der KPD“<sup>78</sup> besprechen zu können. Abhilfe wurde durch gemeinsame Funktionärskonferenzen versprochen, zu denen Buchwitz ohne Absprache mit den Bezirksvorständen einlud. Der Leipziger Bezirksvorstand erblickte darin „nicht nur eine Bevormundung, sondern auch eine Verletzung der demokratischen Grundsätze innerhalb der Partei“<sup>79</sup>, worüber er ebenfalls vor dem Zentrallausschuß Klage führte.

Für eine Trübung des Verhältnisses zwischen dem Bezirksvorstand Leipzig und dem Landesvorstand in Dresden und schließlich auch dem Zentrallausschuß in Berlin sorgten besonders die Auseinandersetzungen um die Herausgabe eines sozialdemokratischen Parteiblattes in der Tradition der *Leipziger Volkszeitung*. Der als Verlagsleiter vorgesehene Max Dohlus hatte sich in Dresden und Karlshorst vergebens um eine Lizenzierung bemüht. Die Leipziger Sozialdemokraten wurden statt dessen auf die ab September 1945 in einer Auflage von 50.000 Stück erscheinende Dresdener *Volksstimme* verwiesen, obwohl sich der Zentrallausschuß für eine Gleichbehandlung beider Bezirke und zwei Parteiblätter mit einer Auflage von jeweils 25.000 eingesetzt hatte. Deren Redaktion hatte für kurze Zeit der betagte Hans Block übernommen, der nach der Ablösung von Paul Lensch im Jahre 1913 an der Spitze der *Leipziger Volkszeitung* gestanden und das Blatt durch den Ersten Weltkrieg geführt hatte. Trotz des Hinweises auf die traditionelle Bedeutung der sozialdemokratischen Presse in Leipzig hätte eine Lizenzierung der *Leipziger Volkszeitung* allerdings zu einem Konflikt des Bezirksvorstandes mit dem Zentrallausschuß geführt. Auf dem Ersten Bezirkstag der SPD hatte Grotewohl unter anderem auf die kurz zuvor erfolgte Wiedergründung der Konzentration-AG berichtet. An die entsprechende Institution der Weimarer Zeit anknüpfend, sollte unter ihrem Dach das gesamte Eigentum der Partei, zunächst der sowjetischen Besatzungszone, zusammengefaßt werden. Das betraf insbesondere die 122 von der SPD beanspruchten parteieigenen Druckereien und Verlage sowie die Volkshäuser.<sup>80</sup> Die Aufforderung zur Zusammenarbeit mit der Konzentration-AG fiel in Leipzig jedoch auf keinen fruchtbaren Boden.

---

<sup>77</sup> Ebenda, S. 118.

<sup>78</sup> StAL, SED-BA, II/2/06.

<sup>79</sup> StAL, SED-BA, II/2/10.

Der Bezirksvorstand war nicht bereit, die ehemaligen sozialdemokratischen Druckereien und Verlage in die zentrale Vermögensverwaltung der SPD einzubringen. Die Ablehnung erfolgte einmal im Hinblick auf die schon traditionellen Spannungen zwischen der Leipziger Parteiorganisation bzw. deren Zeitung und dem Parteivorstand. In einem Anschluß an die Konzentration-Aktiengesellschaft erblickte der Bezirksvorstand einen Verlust an politischer Eigenständigkeit. Gniffkes Versuch, während seiner Inspektionsreise im September, den Leipzigern noch einmal den Anschluß an die Konzentration AG nahezu legen, stieß daher im erweiterten Bezirksausschuß auf einhellige Ablehnung. Demgegenüber bekräftigte der einstige LVZ-Redakteur Heinrich Fleißner, daß man auch heute nur den Standpunkt einnehmen könne, „den Leipzig schon vor 1933 mit Erfolg vertreten hat, keinen Anschluß an die Konzentration“. Auch nach Ansicht des ehemaligen Funktionärs der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens Kurt Kaulfuß dürfe sich Leipzig nicht die Richtung von Berlin vorschreiben lassen. Über verschiedene Strömungen innerhalb der Partei müsse auch in der Parteipresse diskutiert werden können. Rudolf Rothe sah die Gefahr, daß die „Genossen in Berlin ... uns in das Schlepptau der KPD bringen wollen“. Der offensichtlich die Sitzung leitende Max Dohlus faßte die Diskussion dahingehend zusammen, daß man in Leipzig auf eine Zeitung verzichten werde, wenn deren Erscheinen von einem Anschluß an die Konzentration-AG abhängig sei.<sup>81</sup>

Nachdem bei der SMAD in Karlshorst der Eindruck entstanden war, daß die Leipziger Bezirksorganisation sich weder mit dem Zentralausschuß noch dem Landesvorstand koordinieren wolle, schlug sie die für Leipzig vorgesehene Auflagenzahl dem Dresdener Parteiblatt zu. Dennoch betrieben Stanislaw Trabalski und Heinrich Fleißner die Wiedergründung der Leipziger Buchdruckerei GmbH, die sich die Herstellung von Zeitungen zum Ziel stellte. Die Geschäftsführung übernahm wie vor 1933 Wilhelm Schmidt<sup>82</sup>. Sein Versuch, den erhalten gebliebenen Zweigbetrieb der Leipziger Buchdruckerei AG in Gera wieder in den Besitz der SPD zu bringen, mißglückte. Dieser Betrieb war inzwischen durch die Thüringer Landesleitung der KPD in Anspruch genommen worden. Den Streit um den Betrieb machte schließlich die SED-Gründung gegenstandslos. Nach dem Tod von Wilhelm Schmidt 1947 wurde die GmbH wieder aufgelöst, ohne ihr

---

<sup>80</sup> Vgl. StAL, SED-BA, II/1/01.

<sup>81</sup> Aus dem Bericht von Erich Gniffke über seinen Aufenthalt in Leipzig vom 15. September 1945, in: A. Malycha, Auf dem Weg zur SED. (Anm. 22), S. 84.

<sup>82</sup> Wilhelm Schmidt (7. 12. 1870 in Sommerfeld - 1947), war bereits seit Ende 1915 Geschäftsführer der Leipziger Buchdruckerei AG. Noch in der Kaiserzeit, am 1. Januar 1918, war er zum Geschäftsführer der Pressekommission der *Leipziger Volkszeitung* gewählt worden.

Ziel je erreicht zu haben.<sup>83</sup> Für das Scheitern der Bemühungen um ein Wiedererscheinen der *Leipziger Volkszeitung* machten die Mitglieder des Bezirksvorstandes namentlich Otto Buchwitz verantwortlich.

Auf Rückhalt beim Landesvorsitzenden hoffte der Bezirksvorstand ebenso in der Auseinandersetzung um die Ablösung Erich Schillings im November 1945 vergeblich. Obwohl Buchwitz - wie er schrieb - nicht beurteilen konnte, ob die gegen Erich Schilling erhobenen Vorwürfe zu Recht bestünden, war er der Meinung, „daß wegen einer Person nicht unsere gesamte Aufbauarbeit zerstört werden kann.“ Daß es sich bei dem Nachfolger Schillings, Kurt Pohling, um einen Sozialdemokraten handeln sollte, reichte Buchwitz aus. Es dürfte aber weniger um die Person gegangen sein, als vielmehr um die Tatsache, daß die Kommunisten bereits in der Lage waren, die Personalpolitik der SPD zu dirigieren und darüber bereits auf inhaltliche Fragen sozialdemokratischer Politik Einfluß zu nehmen. Buchwitz befürchtete, die Zuspitzung der Verhältnisse in Leipzig könnte sich auf ganz Sachsen übertragen, und riet den Genossen, „eine Politik der Geduld und auf lange Sicht zu betreiben“, was auch ihm zuweilen schwer falle. „Wir sehen bei dieser Politik nur den Anfang und nicht das Ende. [...] Viele Genossen vergessen, daß wir nicht frei in unserem Handeln sind und uns in vielen Dingen beschränken müssen.“<sup>84</sup> Die in dieser Haltung zum Ausdruck kommende Politik des Zurückweichens bedeutete ein schrittweises Abgehen von den selbstbewußt postulierten Prinzipien sozialdemokratischer Politik und endete im völligen Verlust eines eigenständigen Profils.

Gegen Ende des Jahres 1945 artikuliert sich offener Unmut mit der Politik des Dresdener Landesvorstandes um Buchwitz. Organisatorischen Rückhalt fanden die Gegner einer Fusion mit der KPD vor allem in der Konsumvereinszentrale in Leipzig-Plagwitz. Hier waren bereits während der NS-Zeit die Fäden der illegalen Sozialdemokratie zusammengelaufen.

---

<sup>83</sup> J. Schlimper, Gutachten zu den Eigentumsverhältnissen an der *Leipziger Volkszeitung* vom 17. 7. 1990, Anlage 15. Für die sowjetische Kommandantur galten die Ansprüche der SPD auf die Druckereien in Leipzig, Plauen und Gera mit der Übertragung des Universalverlages als abgegolten. Im September 1945 hatte sich die Arbeitsgemeinschaft „Wiedergutmachung gegenüber der SPD“, der Morosow und Trabalski angehörten, mit dem Tagesordnungspunkt: „Entschädigung der SPD für die Enteignung der sozialdemokratischen Volkszeitungen in Leipzig, Plauen und Gera durch die Hitlerregierung“ befaßt. Im Ergebnis hatte Oberbürgermeister Zeigner am 24. September 1945 auf Anordnung von Oberst Morosow der SPD den Universalverlag übereignet. (Nach Informationen von Dipl. Phil. Norbert Molkenbur).

<sup>84</sup> StAL, SED-BA, II/2/06.

Auffällig ist, daß die Wortführer nicht in der Leipziger SPD verwurzelt waren<sup>85</sup>: Heinrich Bretthorst kam aus Schlesien.<sup>86</sup> Der Stadtschulrat Professor Dr. Reinhard Strecker hatte sich kurz nach der Wiederzulassung bei der Leipziger SPD gemeldet. Nach der Novemberrevolution war er für einige Jahre hessischer Kultusminister gewesen. Im Unterschied zu den traditionsbewußten Leipziger Sozialdemokraten war er nicht „in der Wolle gefärbt“, sondern erst 1921 von der DDP zur SPD gewechselt. Anders als den Leipzigern war ihm ein Denken in „proletarischen Mehrheiten“ fremd. Vielmehr vertrat er das Konzept einer Wiederauflage der Weimarer Koalition, eines Zusammengehens von sozialen und bürgerlichen Demokraten. Gegenüber der KPD schlug er ein Differenzierungskonzept vor, welches die Einbeziehung kooperationsbereiter Kommunisten und eine Isolierung der „Scharfmacher“ haben sollte. Den entscheidenden Punkt erblickte Strecker in der Anerkennung einer demokratisch-republikanischen Verfassung.<sup>87</sup>

Während einer Wochenendschulung der Leipziger SPD im November 1945 über die „Programme der Sozialdemokratie von der Vergangenheit bis zur Gegenwart“ in den Räumen der Konsumvereinszentrale sprach sich Strecker für ein „Zusammengehen aller demokratischen Parteien und die Ablehnung jeder Diktatur von rechts und links“ aus. Die anwesenden sozialdemokratischen Funktionäre quittierten dies mit „donnernden Beifall“.<sup>88</sup> Deutlicher wurde Strecker bei einer Versammlung am 19. November 1945, in der die Stadtverordnetenfraktion gemeinsam mit den sozialdemokratischen Beamten des Stadthauses über die nach dem erzwungenen Rücktritt des Gewerkschaftsvorsitzenden Erich Schilling entstandene Lage diskutierte. Dabei prallten die unterschiedlichen Auffassungen aufeinander. Während Stadtrat Hans Weise den „Zusammenschluß der klassenbewußten Arbeiterschaft“ forderte und die bürgerlichen Parteien als „die Reaktion von morgen“ charakterisierte, mahnte Strecker die loyale Einhaltung der Abmachungen mit den bürgerlichen Parteien an. Sie seien „ehrlich demokratisch“ und „wirtschaftlich den Arbeitern

---

<sup>85</sup> Das hat möglicherweise damit zu tun, daß die SPD in Leipzig in starkem Maße Milieupartei war. Bei aller Polemik erschienen die Kommunisten als natürliche Partner. Dagegen verfügte in Süddeutschland eine Annäherung von Sozialdemokratie und liberalem Bürgertum über eine längere Tradition. Dadurch ist auch Kurt Schumacher geprägt worden. Ulrich Peter verweist darauf, daß Strecker im liberalen Hessen nur knapp vier Jahre SPD-Mitglied war, „danach allerdings fast acht Jahre in Berlin mit seinem intakten sozialdemokratischen Milieu und einem dominanten freidenkerischen Diskurs und einer geschlossenen sozialen Kontrolle gegenüber Abweichlern und innerparteilichen Minderheiten. Aufgrund der Fakten, die ich über Streckers Berliner SPD-Zeit ermitteln konnte, möchte ich die These aufstellen, daß Strecker durch die sinnliche Erfahrung des illiberalen und autoritären Berliner SPD-Milieus in seinen liberalen Grundüberzeugungen eher bestärkt worden ist. Dies hat sich dann auch in Leipzig bewiesen.“ U. Peter, Reinhard Strecker (1876 - 1954). Ein religiöser Sozialist im „gottlosen“ Leipzig, in M. Rudloff / M. Schmeitzner (Hg.), Schädlinge (Anm. 9), S. 162 f.

<sup>86</sup> Zu Heinrich Bretthorst und Reinhard Strecker siehe die biographischen Skizzen in M. Rudloff / M. Schmeitzner (Hg.), Schädlinge (Anm. 9), S. 140 - 159, sowie S. 160 - 173.

<sup>87</sup> Vgl. Bericht über eine Besprechung mit Herrn Prof. Dr. Strecker am 29. 11. 1945, in: StAL, SED-BA, IV75/015.

nicht mehr überlegen wie früher“. Die große Verantwortung könne nicht allein durch die Arbeiterschaft getragen werden. In seiner Argumentation verband Strecker die Notwendigkeit politischer Kompromisse mit antinationalsozialistischen Exponenten des Bürgertums mit der illusionären - allerdings innerhalb der SPD verbreiteten - Auffassung, Kriegsende und Niederlage des Nationalsozialismus hätten eine dauerhafte Nivellierung der sozialen Konflikte in Deutschland bewirkt.<sup>89</sup> Scharfe Angriffe richtete Strecker dagegen auf die Politik der Russen und der KPD, die er gegenüber der SPD zum einen als brutal und zum anderen als verlogen charakterisierte. Wenn die KPD keinen anständigen Ton in der Behandlung der SPD finde, sei eine sachliche Zusammenarbeit unmöglich. Nach „ostentative(n) Beifall“ und Zustimmung unter anderem durch Stanislaw Trabalski habe auch Hans Weise dem „mehr oder weniger“ zustimmen müssen. Auf einer Sitzung von 500 Funktionären der Bezirks- und Unterbezirksvorstände am 15. Dezember 1945 in den Räumen des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz verlas Heinrich Fleißner zunächst eine Resolution, welche die Schwäche des Dresdener Landesvorstandes gegenüber der KPD in scharfer Form mißbilligte. Darauf sattelte Heinrich Bretthorst mit einer persönlich gehaltenen Polemik gegen Otto Buchwitz auf: Die SPD solle alle Anbiederungsversuche von Buchwitz an die KPD ablehnen. Demgegenüber berief sich Bretthorst auf die Haltung Kurt Schumachers, der eine Einheit mit der KPD aus grundsätzlichen Gründen ablehne. In diesem Sinne müsse es Aufgabe der Funktionäre der SPD sein, den Genossen gegen die Einheitsangebote der KPD den Rücken zu stärken. Der SPD-Bezirksvorstand solle seine Autorität durchsetzen und allen SPD-Funktionären, die durch die KPD vorgeschlagen würden, die Bestätigung versagen. Nachdem Rudolf Rothe betont hatte, daß in den Reihen der Leipziger SPD „eine starke Abneigung gegen die Einheitsfront besteht“<sup>90</sup>, forderte Bretthorst die Genossen pathetisch auf, „den Rücken gerade zu halten. Zweimal 12 Jahre<sup>91</sup> hat die SPD durchgestanden. Bismarck und Hitler konnten uns nichts anhaben. Auch die KPD wird uns nichts anhaben können. Eine Einheit, ja, das wollen wir, es kommt aber nicht auf das wann, sondern auf das wie an. Wir fordern: Fallen der (Zonen-) - Grenzen, ein einheitliches Deutschland, eine einheitliche SPD und einen einheitlichen Parteitag

---

<sup>88</sup> StAL, SED-BA, IV/5/015 sowie II/2/08.

<sup>89</sup> Vgl. hierzu u. a. die Diskussion auf der Zentralen Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs am 7. Februar 1946 in den Köllmann-Werken, insbesondere den Diskussionsbeitrag v. Minzer und die Erwiderungen von H. Weise und E. Zeigner. Protokoll im StAL, SED-BA, II/2/05.

<sup>90</sup> StAL, SED-BA, III/23. Rothe, der über die Sitzung des Zentralausschusses (ZA) der SPD vom 4./5. Dezember 1945 in Berlin berichtete, kritisierte mit scharfen Worten die Zensur der Rede Otto Grotewohls zum 9. November in der Presse der russischen Okkupationszone. Hinsichtlich der Einheitsfront sei es so, „daß die KPD in allen Positionen die SPD absägen und die Posten mit ihren Genossen besetzen will“.

<sup>91</sup> Bezieht sich auf die Zeit des Sozialistengesetzes und des Nationalsozialismus.

(aller Zonen - R.).<sup>92</sup> Dies geschah vor den Augen der sowjetischen Besatzungsmacht, die durch offizielle Beobachter anwesend war. Dennoch blieb für Bretthorst der Auftritt im Konsumverein zunächst ohne unmittelbare Folgen. Der verantwortliche Politoffizier hatte freies Geleit versprochen.<sup>93</sup>

Der bis dahin in der Leipziger SPD immer noch weitgehend unbekannt schlesische Sozialdemokrat, hatte mit diesem Auftritt auf sich aufmerksam gemacht und sich zugleich nicht nur die Abneigung einheitswilliger Sozialdemokraten zugezogen. Über seine zynische Bemerkung, Buchwitz solle abtreten, oder dann schon lieber sterben, damit der Weg für eine eigene Politik frei werde, dürften auch die „Einheitsskeptiker“ nicht glücklich gewesen sein, war auf diese Weise nun jegliche sachliche Kritik an Buchwitz diskreditiert. Einige Monate später hatte Bretthorst sich vom entschiedenen Einheitsgegner zum paritätischen Leiter der Personalpolitischen Abteilung der SED, der späteren Kreispartei-Kontrollkommission, gewandelt. Die Gründe dürften in seinem mit einer autoritären Prägung verbundenen Geltungsbedürfnis zu suchen sein. Einerseits stand er unter starkem Druck durch die Besatzungsmacht, die ihn im Februar 1946 kurzzeitig verhaften ließ, es aber vermied, ihn zum Märtyrer zu machen. Andererseits war er gerade durch deren Autorität beeindruckt. Nicht zuletzt kam eine hervorgehobene Funktion innerhalb der Leipziger SED seinem Sendungsbewußtsein eher entgegen als eine unklare Zukunft als politischer Flüchtling in den westlichen Besatzungszonen.

Trotz der nach außen immer wieder manifestierten Einheitlichkeit der Leipziger Parteiorganisation war eine innere Differenzierung nicht mehr zu übersehen. Die offene Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der KPD wurde in Leipzig nur von einer Minderheit artikuliert. Aber weitgehend isoliert blieben auch die Befürworter um Dr. Erich Zeigner und dessen Mitarbeiter Erich Ott. Sie gingen daher an die Schaffung einer Hausmacht: Bei der Personalauswahl für die Stadtverwaltung wurden Sozialdemokraten bevorzugt, die eine Verschmelzung mit der KPD befürworteten. Diese waren in der SPD isoliert und bis dahin kaum in der Parteilinie hervorgetreten. Als die „Rathaus-Fraktion“ dazu überging, in Umschlägen der Stadtverwaltung eigene Rundschreiben zu versenden und auf diesem Wege versuchte, die Besetzung von Parteifunktionen zu

---

<sup>92</sup> StAL, SED-BA, III/23.

<sup>93</sup> Vgl. W. Schulze, Zwei Fingerbreit Freiheit. Die SPD in Chemnitz 1945/46 (unveröffentlichtes Manuskript 1994), S. 96.

beeinflussen, machte der Bezirksvorstand deutlich, daß er die Bildung einer „zweiten Partei im Rathaus“ nicht dulden würde.<sup>94</sup>

Rückhalt fanden Zeigner und Ott vor allem bei der jüngeren Generation der 17 - 25jährigen, die sich in Arbeitsgemeinschaften junger Sozialisten<sup>95</sup> zusammengefunden hatte. Für die Angehörigen dieser Generation waren die Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik nicht mehr prägend. An die „alte“ SPD band sie - wenn überhaupt - die frühere Mitgliedschaft in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und familiäre Tradition. Die KPD wurde von ihnen als eine programmatisch und auch von ihrer Mitgliederstruktur her erneuerte Partei empfunden. Die Auseinandersetzungen um die Gestaltung des Verhältnisses zur KPD trug durchaus Züge eines Generationskonfliktes. Traditionell galt in der Sozialdemokratie eine möglichst langjährige Parteizugehörigkeit als Ausweis politischer Kompetenz. Selbst Dreißigjährige wurden bei abweichenden Meinungsäußerungen unter Hinweis auf ihre „Unreife“ regelrecht abgekanzelt. In die Entscheidungsfindung fühlten sie sich nicht einbezogen.

Die Funktionäre der Partei hatten sich daher „durch ihr Auftreten eine gewisse Unbeliebtheit bei der Jugend“<sup>96</sup> zugezogen. In den Richtlinien des ZA zur Jugendarbeit wurden die „älteren Genossen“ zum Verständnis ... für die Wünsche und Forderungen der heutigen Jugend“ gemahnt und daran erinnert, daß diese „das Kriegserleben unserer Väter ... in viel grausamerer Form erleben (mußte) und den Erfahrungen dieser Generation in keiner Weise nach(steht)“.<sup>97</sup>

Zwar war es der SPD bis zum März 1946 gelungen, im Vergleich zur KPD wesentlich mehr Angehörige der Altersgruppe bis zu 40 Jahren zu mobilisieren, dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese in der Mitgliederstruktur deutlich unterrepräsentiert blieben: Nahezu drei Viertel (ca. 71 %) der SPD-Mitgliedschaft war älter als 40 Jahre - fast jedes zweite KPD-Mitglied dagegen jünger als 40 Jahre.<sup>98</sup>

Junge Sozialdemokraten fanden eher mit gleichaltrigen Kommunisten als mit den „alten Herren“ in der eigenen Partei eine gemeinsame Sprache. Innerhalb der SPD fühlten sich jedenfalls die „jüngeren Elemente, die schon vor 1933 als Nachwuchs bezeichnet wurden ... dauernd übergan-

---

<sup>94</sup> Das machte Rudolf Rothe auf einer Veranstaltung des Bezirksvorstandes am 14. Dezember 1945 deutlich. Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, SED-BA III/7, Aktions- und Arbeitsgemeinschaft KPD/SPD.

<sup>95</sup> Die Bezeichnungen differierten: Junge Sozialdemokraten, Junge Sozialisten, Jungsozialisten, Junge Genossen.

<sup>96</sup> Vgl. SED-LV Sachsen - Abteilung Jugend - Rundschreiben Nr. 1 vom 3. 5. 1946 (im Besitz des Verfassers).

<sup>97</sup> Undatiertes Rundschreiben: „An unsere Helfer!“ des SPD Bez. Leipzig / Jugendarbeit (im Besitz des Verfassers).

<sup>98</sup> Vgl. die Berechnungen von J. Tubbesing, NKFD (Anm. 2), S. 104 und 107.

gen“ und vor vollendete Tatsachen gestellt.<sup>99</sup> Im Arbeitskreis „Junge Genossen“ von Knautkleeberg bot die anstehende Parteienfusion offensichtlich keinen Anlaß für kontroverse Diskussionen.<sup>100</sup> Auf dem Programm der wöchentlichen Themenabende standen klassische sozialdemokratische Themen, wie das Verhältnis von Sozialismus und Nation bzw. Religion, die Arbeiterregierung in England, Hermann Löns - allerdings keine Debatte über das Verhältnis zur KPD. In einem von den Knautkleeberger „Jungen Genossen“ vorgetragenen Sprechchorwerk zur Revolutionsfeier am 9. November wurde schließlich die Bildung einer gemeinsamen Arbeiterpartei geradezu hymnisch gefeiert.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Jugendausschusses um Alfred Nothnagel und Werner Thalheim<sup>101</sup> intervenierten am 12. Dezember 1945 beim Bezirksvorstand der SPD, auf einer der nächsten Sitzungen „die Jugendfrage zur Tagesordnung zu stellen und unter Anwesenheit der Jugendvertreter zu behandeln“<sup>102</sup>. Der in der Haltung des Leipziger Bezirksvorstandes zum Ausdruck kommende und - nach Meinung der Jugendvertreter im Gegensatz zur Gesamtpartei stehende „Leipziger Geist“ könne „bestenfalls alte, traditionell gebundene Genossen begeistern“. Den führenden Genossen des Bezirksvorstandes wurde in einem an den Landesvorstand und den Zentralausschuß gerichteten Brief nichts weniger vorgeworfen, als daß sie sich „ununterbrochen an der Einheit der Arbeiterklasse versündigen und darum zum Hemmschuh einer gesunden (! - R.) Entwicklung“ würden. Um den Zustand zu beenden, daß „der Bezirksvorstand der Partei nur einseitig das Sprachrohr einer rechten Fraktion innerhalb der Partei ist“, verlangten die sozialdemokratischen Mitglieder des Jugendausschusses die Aufnahme von zwei Jugendvertretern in den Bezirksvorstand.<sup>103</sup> Der Forderung nach einer Beratung über die Jugendfrage entsprach der Bezirksvorstand umgehend. Zu der am 14. Dezember stattfindenden Sitzung wurde Otto Buchwitz eingeladen, der allerdings nicht erschien. Werner Thalheim sprach sowohl dem Bezirksvorstand als auch den Vorständen der Ortsvereine ein politisches Mandat ab und polemisierte scharf gegen den „primitiven Antibolschewismus“ der sozialdemokratischen Funktionäre. Mit einem Austausch der gegensätzlichen Standpunkte hatte die Sitzung ihr Bewenden. Unverbindlich wurde

---

<sup>99</sup> StAL, SED-BA, II/2/11.

<sup>100</sup> Dies ging aus einem 1990 geführten Gespräch mit Walter Thielemann hervor, der die Veranstaltungen der „Jungen Genossen“ protokolliert hatte. Die Protokolle und Mitgliederlisten befinden sich im Besitz des Verfassers.

<sup>101</sup> Werner Thalheim war in der Weimarer Republik Schriftsetzer bei der kommunistischen „Sächsischen Arbeiterzeitung“, wurde dort wegen seines Engagements für die KPO-Jugend entlassen, 1931 SAP, nach 1933 Emigration nach Frankreich. Wegen seiner früheren Zugehörigkeit zu „partei-feindlichen Gruppen“ als SED-Mitglied 1950 von den „Säuberungen“ betroffen.

<sup>102</sup> Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, SED-BA III/7, Aktions- und Arbeitsgemeinschaft KPD/SPD.



auf eine bessere Zusammenarbeit mit der Parteijugend orientiert. Der bestehende Jugendausschuß mit Richard Füchsel an der Spitze wurde zur aktiven Parteiarbeit ermahnt.<sup>104</sup>

Buchwitz selbst bestätigte, daß sein Einheitskurs in Leipzig vor allem durch „Leipziger Jugendgenossen“ getragen wurde. Sie waren es, die ihn über die im Hause der Konsumgenossenschaft stattfindenden „geheimen Konferenzen und kleinen Versammlungen“, an denen SPD-Mitglieder aus den verschiedensten Gegenden der Landesparteiorganisation teilgenommen haben sollen, auf dem Laufenden hielten.<sup>105</sup> In der „Aktiengesellschaft Sächsische Werke“ waren es wiederum die „jüngsten Genossen der KPD und SPD“ in der Lehrwerkstatt, die mit der Konstituierung einer „Einheitsbetriebsgruppe der marxistischen Arbeiterpartei“ den „älteren Genossen ... Vorbild“ sein wollten. Ein gemeinsames Parteibüro mußte auf Intervention des Ortsvorstandes der Böhle-ner SPD wieder aufgelöst werden.

Die Opposition der jungen SPD-Mitglieder war jedoch nicht ausschließlich Ausdruck des Generationskonfliktes. Dies wird im Blick auf die Exponenten der KPD-freundlichen Richtung deutlich. Werner Thalheim stammte aus der KPO. 1931 hatte er sich, wie auch Alfred Nothnagel, der SAP angeschlossen. Während der Hauptteil der überlebenden Leipziger SAP- und KPO-Mitglieder 1945 sofort der KPD beitrug, gingen Nothnagel und Thalheim in die SPD. Wie Nothnagel berichtete, sei die Auflösung der Leipziger SAP 1936 in Übereinstimmung mit der auf dem VII. Weltkongreß der Komintern verkündeten Volksfrontpolitik im Zuchthaus Zwickau erfolgt, wo mehrere SAP-Mitglieder langjährige Zuchthausstrafen wegen der illegalen Weiterführung der Partei absitzen mußten. Nach seiner Haftentlassung hatte Nothnagel eine als KdF-Gruppe getarnte illegale Jugendgruppe aufgebaut, der sich ehemalige Mitglieder der Jugendorganisationen der SPD, SAP und KPD anschlossen. 1944 erneut inhaftiert und wegen der führenden Mitgliedschaft im NKFD zum Tode verurteilt, gelang ihm 1945 die Flucht. Mit einer ganzen Reihe seiner KdF-Gruppe trat Nothnagel 1945 nach eigener Aussage im „Parteiauftrag“ der KPD in die SPD (Ortsverein Wahren) ein, mit dem Ziel, die „Einheit der Arbeiterklasse“ herzustellen.<sup>106</sup>

Zwischen den extremen Positionen bemühte sich der Bezirksvorstand vor allem um Zeitgewinn. Für ihn wurde es zunehmend schwieriger, zwischen den verschiedenen Positionen zu vermitteln

---

<sup>103</sup> Ebenda.

<sup>104</sup> Vgl. Bericht über eine vom Bezirksvorstand der SPD Leipzig einberufene Zusammenkunft von Jugendgenossen. Leipzig, am 16. 12. 1945, in: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, SED-BA III/7, Aktions- und Arbeitsgemeinschaft KPD/SPD.

<sup>105</sup> O. Buchwitz, „Brüder, in eins nun die Hände“, Berlin 1966, S. 125 f.

und gleichzeitig der kommunistischen Vereinnahmungsstrategie zu widerstehen. Ohne die Notwendigkeit eines engen Zusammenwirkens mit der KPD - letztendlich auch eine Parteifusion - grundsätzlich in Zweifel zu ziehen, wandte er sich gegen regionale Alleingänge. Mit dem Verweis auf die alleinige Entscheidungskompetenz eines Reichsparteitages sollte die Handlungsfreiheit der SPD auf absehbare Zeit erhalten werden. Im Bezirksvorstand hoffte man zudem auf eine Einigung der Besatzungsmächte, die mit einer Aufhebung der Besatzungszonen die SPD von dem unmittelbaren politischen Druck der SMAD befreien würde.

Zumal nach dem selbstbewußten Auftreten von Otto Grotewohl und Otto Meier in Leipzig erwarteten die BV-Funktionäre Rückhalt aus Berlin. Auf Ablehnung stieß allerdings das Konzept der „Ostorientierung“ des ZA, wonach die Sozialdemokratie nicht ihre Funktion in der Vermittlung zwischen Ost und West sehen, sondern sich langfristig auf eine wirtschaftliche und politische Entwicklung nach dem Osten hin einstellen sollte. Das von Gustav Klingelhöfer und Gustav Dahrendorf entwickelte Konzept zielte letztendlich auf eine perspektivische Sicherung der Führungsrolle der SPD in der SBZ unter den Bedingungen sowjetischer Herrschaft und einer subalternen KPD.<sup>107</sup> Dieser taktischen Überlegung vermochte der Leipziger Bezirksvorstand allerdings nicht zu folgen. Trabalski erinnerte sich später daran, bei Grotewohl und Max Fechner jedoch mehr Verständnis für die Bedenken des Leipziger Bezirksvorstandes gefunden zu haben, als bei Dahrendorf und Gniffke. Da es Dahrendorf war, der den Vorschlag der Ostorientierung in den ZA eingebracht hatte, kann dies nicht verwundern.

Bei seinen regelmäßigen Besuchen in Berlin hatte Trabalski den ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe und die spätere Berliner Bürgermeisterin Louise Schröder zu Vorträgen in Leipzig eingeladen. Löbe zog die Notwendigkeit einer Einheitspartei nicht grundsätzlich in Zweifel, verband dies jedoch mit ganz bestimmten Bedingungen, die den Kommunisten kaum akzeptabel erschienen. Auf der „Politischen Morgenkundgebung“<sup>108</sup> der SPD am 3. Februar 1946 ging er einer direkten Stellungnahme zur beabsichtigten Verschmelzung beider Parteien aus dem Wege. Löbe betonte dafür die Bedeutung der Demokratie für das Staatswesen und die proletarische Par-

---

<sup>106</sup> Vgl. StAL, SED-BA, V/5/313, Erinnerungsbericht Alfred Nothnagel, sowie Unterlagen aus dem Besitz von S. Haustein, Leipzig. (Der Verfasser dankt Herrn S. Haustein für die Überlassung einer Kopie.)

<sup>107</sup> Vgl. D. Siegfried, Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf“. SPD und KPD in Schleswig - Holstein 1945/46, Kiel 1992, S. 82.

<sup>108</sup> Die „Politischen Morgenkundgebungen“ der SPD waren als kulturell umrahmte „Erbauungsstunde für unsere Mitglieder und Funktionäre, welche ihnen die Kraft gibt, auch weiterhin die riesenhafte Arbeit, die heute unter so erschwerten Verhältnissen zu bewältigen ist“ gedacht. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemen etwa im Verhältnis zur KPD war nicht vordergründig beabsichtigt. Interessant ist die Auswahl der Referenten: am 25. November referierte Hermann Brill über „Demokratie“, ein andermal war Louise Schröder geladen.

tei und kündigte die entschlossene Gegnerschaft für den Fall an, da „sie von Autokratie, von Diktatur abgelöst werden soll“.<sup>109</sup> Die von Löbe postulierte Bindung des zu errichtenden Sozialismus an „Demokratie und Menschenliebe“ wurde gleichwohl auf kommunistischer Seite als Provokation, als Versuch „die Arbeitermassen vom revolutionären Kampf abzuhalten“<sup>110</sup>, aufgefaßt. Mit dem verstärkten Druck auf den Leipziger Bezirksvorstand und der die Schwäche von Buchwitz ausnutzenden Differenzierungspolitik versuchten die Kommunisten gleichzeitig, den Berliner Zentralausschuß unter Druck zu setzen und zur Aufgabe der noch artikulierten Vorbehalte gegenüber einer nun forcierten Vereinigung mit der KPD zu zwingen. Nachdem am 18. Dezember ein Vermittlungsversuch Gniffkes zwischen Schumacher und Grotewohl gescheitert war, kam es am 20. / 21. Dezember zu dem als „Sechziger Konferenz“ in die Geschichte eingegangenen entscheidenden Zusammentreffen zwischen SPD- und KPD-Funktionären.<sup>111</sup>

Zwei Tage vor der Abfahrt der Leipziger Delegation zur Sechziger-Konferenz erschienen zwei sowjetische Politoffiziere in der Sitzung des engeren Bezirksvorstandes und legten Stanislaw Trabalski und den anderen anwesenden Funktionären nahe, auf der für den nächsten Tag angesetzten erweiterten Bezirksvorstandssitzung und auf dem dann folgenden Bezirksparteitag für die Vereinigung zu plädieren. Trabalski verwies darauf, daß er als Bezirksvorsitzender nicht das Recht habe, einem Beschluß des Parteitages und der Mitglieder vorzugreifen. Was darauf folgte, schilderte er folgendermaßen: „Kaum waren die beiden Offiziere weg, wurde ich telefonisch von dem Politoffizier des Landes Sachsen beschimpft als Gegner der Einheit und sie hätten es in der Hand, uns wie Dreck zu zerdrücken. Ich teilte dies meinen Genossen mit, jedoch waren sie mehr oder weniger bereits dem Vereinigungszwang unterlegen.“<sup>112</sup> Den uneinheitlich agierenden SPD-Vertretern blieb nur noch hinhaltender Widerstand.

Auf der Konferenz kam Rudolf Rothe nicht zu Wort. Otto Buchwitz fiel es zu, als einziger Delegierter eines SPD-Bezirks der Ostzone eine konkrete Klage vorzubringen, indem er die sowjetische Administration mahnte, der SPD den „Weg zur freien Entfaltung“ zu öffnen. Es verletze das

---

<sup>109</sup> Vgl. StAL, SED-BA, II/2/05, Löbe 4. Zuvor war Hermann Brill in der Veranstaltungsreihe aufgetreten. Richard Füchsel, der die Veranstaltung mit Löbe eröffnet hatte, schied während der Kampagne gegen den „Sozialdemokratismus“ durch Selbstmord aus dem Leben.

<sup>110</sup> M. Bensing, Kampf (Anm. 20), S. 215.

<sup>111</sup> Vgl. H. - J. Krusch / A. Malycha (Hg.), Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946, Berlin 1990; G. Gruner / M. Wilke (Hg.), Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46. Stenographische Niederschrift der Sechziger-Konferenz am 20./21. Dezember 1945, München / Zürich 1986.

<sup>112</sup> Interview mit Stanislaw Trabalski vom 5. Juni 1974, in: AdSD 5. 6. 1974, S. 15.

Selbstbewußtsein, wenn der Partei immer noch die Genehmigung, Propagandamaterial und Broschüren zu drucken, verweigert werde.<sup>113</sup>

Dennoch akzeptierte die sozialdemokratische Delegation am zweiten Verhandlungstag die Unterzeichnung eines von der KPD vorbereiteten Dokumentes, welches die „zweite Phase der Einheit“ proklamierte und erstmals allgemeine Prinzipien einer zu bildenden Einheitspartei fixierte. Sie erreichten zwar die Ablehnung der von den Kommunisten vorgeschlagenen Einheitslisten bei in Aussicht gestellten Wahlen und der Fusion auf Zonen- und Bezirksebene. Hinsichtlich ihrer Forderung, daß nur nationale Kongresse beider Parteien über eine Fusion entscheiden können, mußten sie sich mit mündlichen Zusagen ihrer Verhandlungspartner begnügen.

Diese - wenn auch insgesamt eher bescheidenen - Zugeständnisse wurden der Öffentlichkeit kaum vermittelt. Dem Eindruck der vollständigen Kapitulation sollte ein dringendes Rundschreiben des ZA an alle Bezirksvorstände entgegenwirken. Darin wurde noch einmal der Standpunkt bekräftigt, daß nur ein Reichsparteitag über eine Fusion entscheiden könne. Obwohl die SMA die Veröffentlichung dieses Rundschreibens zu verhindern suchte, verbreitete es der Leipziger Bezirksvorstand als Rundschreiben.<sup>114</sup>

Die Vorstände-Konferenz des gesamten Bezirks erklärte sich am 4. Januar 1946 im Saal der Konsumgenossenschaft Leipzig-Plagwitz „einstimmig“ mit den Berliner Beschlüssen vom 20. und 21. Dezember 1945 einverstanden und sprach „ebenso einmütig“ dem Bezirksvorstand ihr Vertrauen aus. Der Bezirksvorstand verband diese Bekundung des Einheitswillens allerdings mit deutlicher Kritik und der Forderung „daß die Genossen der Kommunistischen Partei den guten Willen unter Beweis stellen, mit uns in Freundschaft, Kameradschaft und Ehrlichkeit zusammen zu arbeiten. ... Es ist einfach unhaltbar, wenn kommunistische Genossen etwa der Meinung sind, daß nur sie das Anrecht auf Führung haben und damit, wie es bereits immer wieder geschehen ist, leitende Positionen in den Gemeinden und der Wirtschaft nur von KPD-Genossen einseitig besetzen. Wir verlangen, der Stärke unserer Partei entsprechend überall unseren Einfluß, zumindest paritätische Besetzung in allen diesen Institutionen.“<sup>115</sup>

---

<sup>113</sup> H. Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus, Band IV, Teil 2, Die Anfänge des Widerstands, Teil 2: Zwischen Selbsttäuschung und Zivilcourage, Köln 1990, 672.

<sup>114</sup> StAL, SED-BA II/2/06. Offensichtlich irrte Gniffke, der in seinen Erinnerungen berichtete, daß das Rundschreiben lediglich in Dresden durch ein Versehen der Zensurbehörden in geringer Stückzahl zur Auslieferung gekommen sei. Vgl. E. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1990, S. 129.

<sup>115</sup> Rundschreiben 1/46 in: StAL, SED-BA, II/2/07. Einem Erinnerungsbericht von Hans-Günther Weber zufolge soll auf dieser Konferenz mit 201 gegen 4 Stimmen die „überstürzte Parteifusion“ abgelehnt worden sein. (Vgl. W. Müller, Sozialdemokratie und Einheitspartei. Eine Fallstudie zur Nachkriegsentwicklung in Leipzig, in: Den Delegierten und Gästen des SPD-Parteitags in Leipzig, KSG-Reihe / Band 2, Bonn 1990, S. 48). In einer späteren Darstellung gibt Weber ein Abstimmungsverhältnis von 104 zu 4 Stimmen an. (Vgl. H-G. Weber, Ab-

Die von einem in Dresden gebildeten „Einheitsbüro“ für den 15. Januar 1946 organisierte Massenversammlung zur Manifestation des „Einheitswillens“ führte schließlich zum offenen Eklat zwischen dem Bezirks- und dem Landesvorstand. Die als „Konferenz der 3.000“ in die Geschichte eingegangene Dresdener Kundgebung, deren akklamativer Charakter auf der Hand lag, zählte zu den „wegweisende(n) Höhepunkte(n) einer endlosen ‚Erstürmungsstrategie‘ pseudodemokratischer Massenmobilisierung stalinistischen Stils“.<sup>116</sup> An ihr sollten je 1.000 Funktionäre beider Parteien teilnehmen, darunter lediglich 50 aus Leipzig. Der Bezirksvorstand beschloß, diese Veranstaltung zu boykottieren und lediglich Trabalski und Rothe als Beobachter nach Dresden zu entsenden. Er berief sich darauf, daß eine solche Konferenz der Bestätigung durch den Berliner Zentralausschuß bedurft hätte. Dort habe man aber das Vorhaben als übereilt angesehen. Nach Ansicht des Bezirksvorstands war es darüber hinaus in der Kürze der Vorbereitungszeit nicht möglich - von den Organisatoren auch nicht beabsichtigt - Delegierte zu wählen und mit einem Mandat auszustatten. Eine Versammlung sämtlicher Ortsvereinsvorsitzender der Leipziger SPD nahm am 5. Januar - gegen die Stimme des Ortsvereinsvorsitzenden von Wahren - eine Entschlie- ßung gegen die Entsendung von Delegierten nach Dresden an, da eine paritätische Beschickung der Konferenz mit dem Verhältnis der Mitgliederzahlen beider Parteien nicht in Einklang ste- he.<sup>117</sup>

Daraufhin appellierte Lohagen, sich über den Bezirksvorstand der SPD hinwegsetzend, in einem Brief an die Mitglieder der SPD, Delegierte nach Dresden zu entsenden.<sup>118</sup> In letzter Minute mobilisierte der SPD-Ortsvereinsvorstand Leipzig-Wahren, zusammen mit einigen Betriebsgruppen, z. B. des Bezirkswohlfahrtsamtes 6, für den Besuch der Veranstaltung. Vereinigungswillige SPD-Mitglieder wurden rasch mit einem Mandat der Kaderabteilung der KPD-Kreisleitung ausgestattet.<sup>119</sup> Auf diese Weise organisierte sich die KPD ihre eigene SPD-Delegation, von der in Dres- den eine Stellungnahme gegen den SPD-Bezirksvorstand erwartet wurde. Als die auf solche Wei-

---

schied von Deutschland. Die Wandlung der SPD von Schumacher bis Lafontaine, München 1996, S. 28). Die Ablehnung einer überstürzten Parteifusion entsprach tatsächlich den Intentionen der „Mittelgruppe“ und war in der Leipziger SPD mehrheitsfähig. Ein Beleg für die Abstimmung über eine, von Hans-Günther Weber formulierte, „Plagwitzer Entschlie- ßung“ (bei Weber irrtümlich als „Wahrener Entschlie- ßung“ bezeichnet, was schon deshalb nicht stimmen kann, weil der Ortsverein Wahren der SPD als einziger in Leipzig offen die Fusion mit der KPD vorantrieb) mit diesem Inhalt konnte durch den Autor allerdings nicht ermittelt werden.

<sup>116</sup> H. Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus, Band IV, Teil 2, S. 754.

<sup>117</sup> Vgl. StAL, SED-BA, III/05.

<sup>118</sup> Rudolf Rothe führte darüber auf der gemeinsamen Besprechung des Bezirksvorstandes der SPD und der Unterbezirksleitung der KPD am 12. 2. 1946 Klage. Vgl. StAL, SED-BA, III/01.

<sup>119</sup> Vgl. Gastdelegiertenausweis in: StAL, SED-BA, III/01.

se zusammengekommene Delegation die von der Reichsbahn im Zug nach Dresden freigehaltenen Plätze einnahm, verfügte sie über kein Mandat der Leipziger Parteigliederungen. Während der Politische Offizier der sächsischen SMA Rudolf Rothe massiv unter Druck setzte, ließ die Versammlungsleitung Trabalskis Wortmeldung „unter den Tisch fallen“<sup>120</sup>. Immerhin war es dem ehemaligen Chefredakteur der *Leipziger Volkszeitung*, Hans Block gelungen, das Podium zu nutzen, um die Diffamierung Lassalles durch die „KPD-Genossen“ zurückzuweisen und vor einer Einschränkung der in der SPD gewohnten Meinungsfreiheit in einer neuen Einheitspartei zu warnen. In einer auf dieser Kundgebung angenommenen EntschlieÙung war von einer gemeinsamen organisatorischen Arbeit die Rede. Einen Tag später erklärte das Landessekretariat der SPD, daß „über die Form der Zusammenarbeit ... von der SPD noch genaue Formulierung vorgenommen werden“ müsse, was von einer mangelhaften Vorbereitung zeugte und die Einwände der „Leipziger“ im nachhinein bestätigte. Der Landessekretär der SPD Felix Kaden forderte jetzt die Ortsgruppen der SPD auf, bis dahin, „alle Versuche der KPD, die organisatorische Arbeit der SPD in der nächsten Zeit schon mit der KPD zu vereinigen ... abzulehnen“.<sup>121</sup> Im Nachhinein billigte auch der Zentralauschuß die Haltung des Leipziger Bezirksvorstandes. Dem Bezirksvorstand der SPD war es allerdings nicht gelungen, seinen Standpunkt in der Öffentlichkeit plausibel zu vermitteln. Das führte zu Irritationen wie in der Aktiengesellschaft Sächsische Werke, Böhlen. Die dortige SPD-Organisation war bereit, eine Delegation nach Dresden zu entsenden. Durch die KPD-Unterbezirksleitung erfuhr man hier am 8. Januar, daß die SPD keine Delegation entsenden wolle. Eine telephonische Rückfrage beim Bezirksvorstand schuf keine Klarheit. Rudolf Rothe teilte vielmehr mit, daß die „SPD Delegierte entsenden wird“<sup>122</sup>. Im Zusammenhang mit der „Konferenz der 3.000“ ging die KPD dazu über, gemeinsame EntschlieÙungen von Betriebsgruppen der KPD und SPD zu organisieren. Mit ihrer Hilfe sollte die Position des Bezirksvorstandes gegenüber dem Landesvorstand geschwächt werden.

Als am 28. Januar 1946 die Leipziger SPD-Funktionäre zur Sitzung des erweiterten Landesvorstandes der SPD in Dresden eintrafen, fand diese für die Leipziger überraschend unter Hinzuziehung der Bezirksleitung der KPD in deren Parteihaus statt. Die SMA war durch eine hochrangige Delegation aus vier Offizieren vertreten, an deren Spitze Oberst A. Watnik, der Chef der Abteilung Propaganda bzw. Information der Sowjetischen Militär-Administratur Sachsens, stand. Im

---

<sup>120</sup> Entfernung des SPD-Vorsitzenden von Borna durch die sowjetische Kommandantur. Aufzeichnungen von Stanislaw Trabalski (im Besitz des Verfassers).

<sup>121</sup> SPD-Landesgruppe Sachsen, Rundschreiben Nr. 20, Dresden, am 16. 1. 1946, in: StAL, SED-BA, II/2/06.

Verlauf der Sitzung wurde rasch deutlich, „daß es nicht um das bessere Argument oder eine ‘reinigende Aussprache’ ging, sondern eine Art Tribunal vor allem gegen die Leipziger Parteiführung stattfand“<sup>123</sup>, welcher Matern unverhohlen das Verbot des Leipziger SPD-Bezirks androhte. Als Lohagen auf Resolutionen aus den Betrieben verwies, die die „hinhaltende Stellung“ des Bezirksvorstandes kritisieren würden, kam es zu einem ungewöhnlich scharfen Schlagabtausch mit Heinrich Bretthorst, der Lohagen „Ahnungslosigkeit und ... Unkenntnis ... über die Stimmung und die Verhältnisse in Leipzig“ vorwarf und nun seinerseits auf Resolutionen verwies, in denen dem Bezirksvorstand das Vertrauen ausgesprochen werde. Selbst dort, wo Stellungnahmen gegen den Bezirksvorstand gegeben worden seien, habe man diese nach Anhörung des Bezirksvorstandes teilweise wieder zurückgezogen. Bretthorst protestierte gegen das Bestreben der KPD, in die sozialdemokratische Organisation einzubrechen und die Mitgliedschaft gegen den Bezirksvorstand zu mobilisieren. Er selbst sei noch am 14. Januar seitens der KPD und der sowjetischen Kommandantur unter Druck gesetzt worden, am nächsten Tag in Dresden „für die Einigung zu stimmen, daß in Zukunft gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen, einheitliche Wahllisten aufzustellen seien“.<sup>124</sup> Hingegen habe die KPD noch im Sommer die Auffassung vertreten, daß die Zeit für eine Einheit noch nicht gekommen sei: „Die Leipziger Genossen fragen sich, was sich wohl in den letzten Monaten ereignet hat, um die Einigung so plötzlich vorwärts zu treiben.“ Eine reale Grundlage dafür könne er nicht erkennen - im Gegenteil: Seit der Gründung der KPD und der SPD sei „von keinem Unterbezirk und von keiner Ortsgruppe berichtet worden, daß ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden Parteien besteht. Eine Besserung ist auf der ganzen Linie nicht zu spüren. Hinzu kommt noch der Druck von Seiten der Kommandantur.“ Wie die Erinnerungen eines Teilnehmers der kommunistischen Delegation, Robert Bialek, zeigen, war Bretthorst an dieser Stelle deutlicher geworden, als es das offizielle Protokoll überliefert hat: „Alles wird mit Gewalt gemacht. Die Bedenken unserer Funktionäre werden mit Drohungen niedergeschlagen. Und wenn hier auch die Vertreter der SMA sind, mir ist das gleich, was sich die Kommandanturen in Sachsen erlauben, das ist Terror gegen uns Sozialdemokraten. Jeder Funktionär unserer Partei in den Kreisen, der gegen die Vereinigung ist, wird auf die betreffende Kreis-kommandantur bestellt und niedergemacht. Die Drohungen, die dabei von den russischen Offizieren ausgestoßen werden, sind direkt lebensgefährlich. Gegen eine solche Vereinigung, Genos-

---

<sup>122</sup> Protokoll über die gemeinsame Funktionärssitzung der SPD- und KPD-Funktionäre der ASW Böhlen am 8. 1. im Verwaltungsgebäude, in: StAL, SED-BA, III/01.

<sup>123</sup> K. Rudolph, Die Ausschaltung der SPD aus der sächsischen Politik 1945 / 46 (unveröffentlichtes Manuskript 1996).

sen, wehre ich mich ganz entschieden.“<sup>125</sup> An dieser Stelle ließ sich Bretthorst vom Zwischenruf eines KPD-Funktionärs: „Haben die Russen auch schon blank gezogen?“ provozieren, in dem er darauf mit der Bemerkung, daß in der Tat „diese Dinger verdammt locker sitzen“, einstieg. Das gab den Kommunisten die willkommene Gelegenheit, vom Kern der Diskussion abzulenken und die Leipziger SPD nicht nur als Feinde der Einheit der Arbeiterklasse, sondern auch als Gegner der Besatzungsmacht bloßzustellen. Während deren Beobachter in der auf Bretthorsts Satz folgenden „lautlosen Stille“ keine Miene verzogen, wurde - Bialeks Darstellung zufolge - Matern „dunkelrot und brüllte dann los: „Genossen, wir haben eben einen unverschämten Angriff auf unsere sowjetischen Freunde gehört. Die Rote Armee hat Hunderttausenden von Antifaschisten das Leben gerettet. ... Der Genosse aus Leipzig, ich kenne ihn nicht genau, hat vielleicht im Kampf gegen den Faschismus nichts geleistet, ich weiß es nicht. Deshalb ist es zu verstehen, daß er die Rote Armee und die Hilfe unserer sowjetischen Freunde von einem solchen verdammenswerten Standpunkt aus sieht. Die Vereinigung der beiden Parteien muß und wird kommen, auch gegen den Willen solcher Genossen, weil sie von der Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre beider Parteien gewünscht wird.“ Als nun auch der Leipziger SPD-Bezirksvorsitzende Stanislaw Trabalski und Arno Hauffe als Mitglied des SPD-Landesvorstandes Bretthorst zu Hilfe eilten und die Alleingänge von Otto Buchwitz kritisierten, spitzte sich die Situation so zu, daß Buchwitz einen Herzanfall erlitt.<sup>126</sup> Wenn auch die Konferenz nicht zu einem Beschluß über Vereinigung von KPD und SPD kam, endete sie mit einem Erfolg für die KPD. Indem die SPD-Funktionäre ihre Zustimmung von einer Entscheidung der zentralen Gremien in Berlin abhängig machten, waren sie von der Haltung des SPD-Zentralausschusses um Otto Grotewohl abhängig. „Wohl schwankte Grotewohl noch sehr. Aber Oberst Watnik versicherte Matern, daß es den sowjetischen Behörden bald gelingen würde, Grotewohl für eine Vereinigung zu gewinnen.“<sup>127</sup> Der offen ausgetragene Konflikt des Bezirksvorstandes mit dem Landesvorstand bewirkte ein weiteres Eingreifen der SMA. Auf einer Sitzung des engeren Landesvorstandes am 13. Februar 1946 informierte Buchwitz über das ihm kurz zuvor durch die SMA eröffnete Verbot des für den 16. / 17. Februar „als Großkundgebung der Sozialdemokratie in Leipzig“ geplanten Bezirksparteitages der SPD, da die SMA „die Genossen Rothe, Bretthorst und Fleißner für den dortigen Bezirk nicht mehr für tragbar“ halte. Auch der als Referent vorgesehene Gustav Klingelhöfer,

---

<sup>124</sup> Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, SED-BL Dresden, LG SPD Sachsen / Sekretariat II/A/1001.

<sup>125</sup> R. Bialek, Manuskript II (Anm. 76), S. 122 ff.

<sup>126</sup> Ebenda, S. 125 f.

<sup>127</sup> Ebenda, S. 125.



dessen Diskussionsbeitrag auf der Sechziger-Konferenz den Kommunisten als „unerhörte Provokation“ in Erinnerung geblieben war, dürfte nicht im Sinne der SMA gewesen sein.<sup>128</sup> Um auf der anderen Seite die Situation etwas zu entspannen, verfügte Hermann Matern, die Organisation von Resolutionen der SPD-Gruppen zu beenden.

Nachdem Otto Buchwitz im Februar 1946 in der sächsischen SPD kaum noch über Rückhalt verfügte, formierte sich gegen ihn eine innerparteiliche Fronde um den Freitaler Oberbürgermeister und Unterbezirksvorsitzenden Arno Hennig.<sup>129</sup> Auf einer „Geheimkonferenz“ in der Parteischule der SPD auf dem in der Nähe Freibergs gelegenen Schloß Oberreinsberg soll „auf Betreiben der Leipziger rechten SPD-Führer“ Trabalski als Nachfolger von Buchwitz für die Landesleitung der SPD nominiert worden sein. In den SED-Darstellungen diene dieses, quellenmäßig allerdings nicht belegte Treffen als Beweis für die „fraktionelle Tätigkeit“ der „übelsten Feinde der Einheit der Arbeiterklasse“, Schilling und Rothe. Sie hätten „Trabalski und seinen Einfluß unter den sozialdemokratischen Mitgliedern für ihre reaktionäre Politik“ mißbraucht.<sup>130</sup>

Am 24. Januar 1946 erfuhr der Leipziger Bezirksvorstand aus den Zeitungen, daß Otto Buchwitz am 1. Februar auf einer Versammlung in den Köllmann-Werken sprechen sollte. Den sich über-rumpelt fühlenden Leipziger Funktionären wurde von der Redaktion der „Volksstimme“ mitgeteilt, daß „die russische Kommandantur mit einigen uns unbekanntem Stellen diesen Versammlungstermin vereinbart hat und der Redaktion diese Versamlungsanzeige als Auflage gegeben worden ist“.<sup>131</sup> Die Initiative hierfür war wiederum vom Ortsverein Wahren ausgegangen. Einladungen zu einer für den 25. Januar geplanten Veranstaltung mit Buchwitz, die aber aufgrund der Sitzung des Zentralaussschusses der SPD in Berlin nicht stattfinden konnte, waren bereits in der Druckerei der kommunistischen „Sächsischen Volkszeitung“ hergestellt worden.

---

<sup>128</sup> Zit. nach W. Schulze, *Zwei Fingerbreit Freiheit* (Anm. 93), S. 98. Der vorgeschoben wirkenden Begründung zufolge habe Rothe auf einer „geheimen Konferenz“, die sich gegen die Einigung richtete, gesprochen. Rothe wurde daraufhin von seiner Funktion als für die Stadt und den Landkreis verantwortlicher Bezirkssekretär der SPD abgelöst und in das im Aufbau befindliche Parteiarchiv abgestellt. Zu den organisatorischen Vorbereitungen des Bezirkstages der SPD vgl. StAL, II/2/08.

<sup>129</sup> Vgl. F. Walter / T. Dürr / K. Schmidtke, *Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora*, Bonn 1993, S. 28 f. Bereits auf dem vom 5. - 7. Oktober 1945 in Freital tagenden Ersten Landesparteitag der sächsischen SPD war ein Versuch zur Ablösung von Buchwitz gescheitert. Trabalski unterlag nach eigener Auskunft als Gegenkandidat für den Landesvorsitz mit einer Stimme. Das Protokoll, in dem lediglich über die gewählten Kandidaten informiert wird, ist offensichtlich stark zensiert worden.

<sup>130</sup> M. Bensing, *Kampf* (Anm. 20), S. 192 f. Leiter der Parteischule war Arno Hennig. Als weitere Referenten werden Arno Haufe und Arno Wend genannt. Dieser auch an anderer Stelle behauptete Sachverhalt der Vorbereitung eines innerparteilichen Putsches auf Schloß Oberreinsberg wurde nie belegt. Die vorgenommene Abstufung weist auf die interne Rehabilitierung Trabalskis hin.

<sup>131</sup> Rundschreiben Nr. 3/46, 25. 1. 1946, in: StAL, SED-BA, II/2/07.

Auf den 1. Februar 16.00 Uhr war auch ein Ultimatum terminiert, das die sowjetische Kommandantur Stanislaw Trabalski gestellt hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte eine Erklärung über die Stellung des Leipziger Bezirks der SPD zur KPD vorliegen. Die umstrittene Veranstaltung fand schließlich erst am 7. Februar unter dem Thema „Wir schaffen die Einheit!“ als zentrale Mitgliederversammlung der Leipziger SPD statt. Buchwitz bezeichnete in seinem Referat die Existenz zweier Parteien als eine „Verschleuderung von Kräften und Geldmitteln“, da KPD wie SPD das gleiche Ziel, eine sozialistische Gesellschaft, anstrebten. Der zunehmenden Einigung innerhalb des bürgerlichen Lagers könne nur ein mit einer geeinten proletarischen Partei begegnet werden. Mit den unvermeidlichen Gegensätzen müsse man sich eben innerhalb der Einheitspartei auseinandersetzen. Seiner Auffassung nach hätten Kritik und Opposition, die erst das Leben lebendig mache, hier ihren Platz, was allerdings schwerlich mit dem kommunistischen Organisationsverständnis vereinbar war. Trabalski konstatierte, daß die Notwendigkeit der Einheit nicht strittig sei, räumte andererseits „viel Mißverständnisse und viele Reibungen ..., auch manchen bedauerlichen Mißgriff“ ein. Die EntschlieÙung vom 21. Dezember 1945 über die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung sei mitunter mißverstanden worden, „als solle über den Kopf der Mitglieder hinweg die Vereinigung der beiden Parteien beschlossen werden“. Die Entscheidung darüber verwies Trabalski in die Kompetenz eines Reichsparteitages.<sup>132</sup>

Dem Referat schloÙ sich eine freie Aussprache an. Der Dissens bestand in der Frage des Zeitplans für eine beabsichtigte Verschmelzung von KPD und SPD.<sup>133</sup> Mit Ausnahme Erich Schillings vermieden es die Gegner eines raschen Zusammenschlusses, die prinzipiellen Unterschiede zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus in den Mittelpunkt ihrer Argumentation zu stellen. Damit manövrierten sie sich selbst in eine defensive Position, wobei sie sich darüber im Klaren waren, daß sie sich durch eine offene Stellungnahme gegen den Einheitsgedanken von weiterer politischer Wirksamkeit ausgeschlossen hätten.<sup>134</sup> Aus taktischen Gründen begründeten sie ihre Vorbehalte mit der Schwäche der „Reaktion“ und einer allgemeinen Proletarisierung

---

<sup>132</sup> Im Schlußwort ging Buchwitz auf diesen Widerspruch ein: „Wenn mir dann der Vorwurf gemacht wird, ich hätte doch die EntschlieÙung vom 21. Dezember unterzeichnet und meine EntschlieÙung von heute wäre dem entgegengesetzt, nein, die Sachlage war damals so, wir saÙen am 19. Dezember in Berlin zusammen, da lagen zwei EntschlieÙungen vor, eine vom ZentralausschuÙ, eine von der Kommunistischen Partei. In unserer EntschlieÙung stand, daß nur eine Einigung auf einem Parteitag vollzogen werden kann. Dann haben wir uns wieder zusammen gesetzt und haben die EntschlieÙung erneut beraten, und da stand der Passus vom Reichsparteitag nicht mehr drin. So liegen die Dinge.“ StAL, SED-BA, II/2/05, S. 38.

<sup>133</sup> Dies brachte bereits der erste Diskussionsredner zum Ausdruck, der auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen den von Buchwitz vertretenen Positionen und „einem großen Teil unserer Genossen“ verwies. Vgl. Diskussionsrede Minzer, StAL, SED-BA, II/2/05, S. 9.

<sup>134</sup> Das zeigt auch das Schicksal der beiden Hauptvertreter einer offensiven Position: Reinhard Strecker ging Anfang 1946 in die westlichen Besatzungszonen; Heinrich Bretthorst blieb in Leipzig und ließ sich „umdrehen“.

Deutschlands, mangelnder Entscheidungsbefugnis, der Notwendigkeit „den Beschlüssen der Zentrale (zu) folgen“<sup>135</sup>. Es fiel daher Erich Zeigner nicht allzu schwer, Gegenbeispiele anzuführen. Die Aussichten zweier, miteinander konkurrierender Arbeiterparteien etwa bei anstehenden Wahlen, bewertete er kritisch. Gerade der Ausgang der Wahlen in Süddeutschland und in Österreich<sup>136</sup> dränge zur Eile.

Erich Schilling wandte sich aus eigener Erfahrung gegen eine Legendenbildung, wonach die Einheit bereits in den Konzentrationslagern gebildet worden sei. Gegenüber dem „Wortschwall von Einheit und Brüderlichkeit“ komme es viel mehr auf Anständigkeit und Aufrichtigkeit an. Solange man davon nicht überzeugt sein könne, sollte eine Entscheidung nicht überstürzt werden. Er habe den Eindruck, als ob ein gewisses „Erbeil der nationalsozialistischen Zeit, wo ein kleiner Trupp von Führern und Kommissionen über die große Masse des Volkes und der Arbeiter bestimmt, noch nicht gänzlich weggeblasen ist.“<sup>137</sup> Ein Sprecher der jungen Sozialdemokraten äußerte dagegen die Erwartung, „daß viele der Genossen, die sich heute so fest der Sozialdemokratischen Partei zugehörig fühlen, sich in ganz kurzer Zeit von den Genossen der Kommunistischen Partei überhaupt nicht mehr unterscheiden“ würden. Schließlich erheiterte ein Genosse Vietze die Anwesenden mit seiner Vorstellung von Einheit: „Wollen die Kommunisten nur eine Arbeiterpartei, schön, wir schlagen in die Hände und sagen: Kommt zurück, wo ihr früher gewesen seid, in die Sozialdemokratische Partei.“

Eine von Hans Weise eingebrachte EntschlieÙung verpflichtete die Leipziger SPD-Mitglieder, die „Vereinigung der beiden Arbeiter-Parteien ... tatkräftig vorwärts zu treiben“. Wer davon nicht überzeugt sei, solle seine Parteiämter niederlegen. Von den Diskussionsrednern wurde diese EntschlieÙung mehrheitlich abgelehnt. Dennoch erfolgte die Annahme „gegen wenige Stimmen“.<sup>138</sup> Damit war den Einheitsbefürwortern „eine Art innerparteilichen Staatsstreiches“ gegen den Bezirksvorstand gelungen. Ob - wie vermutet - die Betriebsgruppen-Vertreter den Ausschlag gegeben hatten, läßt sich nicht mehr feststellen. Trabalski verwies darauf, daß es in dem allgemeinen

---

<sup>135</sup> Vgl. zu letzterem den Beitrag von Lehmann, StAL, SED-BA, II/2/05, S.18.

<sup>136</sup> Bei den ersten Gemeindewahlen in Württemberg-Baden und Bayern erhielten am 27. Januar 1946 CDU und CSU die Mehrheit. Während mit deutlichem Abstand sich die SPD als zweite politische Kraft etablieren konnte, wurde die KPD weit abgeschlagen. Bereits die zwei Tage zuvor vollzogene Parlamentswahl in Österreich hatte den Kommunisten mit 4 von 165 Sitzen ein niederschmetterndes Ergebnis beschert.

<sup>137</sup> „Heute ist auch wieder gesagt worden, ja, die Einheit in den Konzentrationslagern, warum ist die jetzt nicht mehr da und warum ist sie nicht erhalten geblieben. Da will ich sagen, es ist die größte Lüge, wenn man sagt, daß die politischen Konzentrationäre eine Einheit und eine Geschlossenheit gebildet haben. (Hört, hört!) Wenn einmal dieses Kapitel geschrieben wird, da werden sich viele wundern und die meisten werden dagegen Stellung nehmen und werden sagen, es ist Lüge und werden es nicht glauben. Aber die Zeit kommt einmal, sie ist jetzt noch nicht da.“ ebenda, Diskussionsrede Schilling, StAL, SED-BA, II/2/05, S. 23.

Trubel nicht möglich gewesen sei, die 1500 bis 2000 Versammlungsteilnehmer auf ihre Parteimitgliedschaft zu überprüfen.<sup>139</sup> Daß in der Folgezeit „keiner aus der Opposition“ sein Parteiamt niederlegte, wertete Buchwitz als Zeichen mangelnden Bekennermutes.<sup>140</sup> Mit seiner pessimistischen Prognose über die Realisierbarkeit eines Reichsparteitages behielt Buchwitz allerdings recht: Nach seiner Ansicht habe zwar Grotewohl die Pflicht, „jetzt im Westen die letzten Mittel auszuschöpfen“, um eine Einigung über einen Parteitag zu erzielen. Jedoch bestünden dafür kaum noch Chancen.

Die Entscheidung fiel am nächsten Tag. Am 8. Februar 1946 bemühten sich Grotewohl und Dahrendorf um eine Einigung mit Kurt Schumacher. Dieser zeigte sich nicht bereit, gemeinsam mit dem Zentralausschuß einen gesamtdeutschen Parteitag einzuberufen und empfahl die Selbstauflösung der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone. Damit war der Taktik des Zeitgewinns und des hinhaltenden Widerstandes gegen eine Parteienfusion die Legitimation entzogen. Für den Leipziger Bezirksvorstand bedeutete dies ein Schock. Trabalski, der Schumacher sehr schätzte, hielt diese Entscheidung für einen „große(n) und entsetzliche(n) Fehler ... Hätte Schumacher damals einen anderen Standpunkt vertreten, hätte sich wohl auch die SPD in der SBZ als Teil der Gesamtpartei durchgesetzt oder zumindest intensiv gewehrt. Schumachers Haltung hat uns das Rückgrat gebrochen“.<sup>141</sup>

Am 12. Februar 1946 überraschte Lohagen die gemeinsame Besprechung des Bezirksvorstandes der SPD und der Unterbezirksleitung der KPD im Europahaus mit der Mitteilung, daß in den letzten 24 Stunden grundlegende Veränderungen in der Frage der Schaffung der Einheitspartei in Deutschland eingetreten seien: „Der neue Name der Partei ist schon auf Beschluß des ZK der KPD und des ZV der SPD festgelegt. Die neue Partei heißt Sozialistische Einheits-Partei Deutschlands.“<sup>142</sup> Es sei notwendig, in Leipzig dazu Stellung zu nehmen, da es hier immer noch Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Natur gebe, vor allem was das Tempo der Entwicklung einer einheitlichen Arbeiterpartei angehe. Trabalski begründete das bei den Sozialdemokraten vorhandene Mißtrauen gegenüber einer als überstürzt empfundenen Verschmelzung beider Parteien mit der „Befürchtung aus unseren Kreisen, daß die Parteigenossen in dieser neuen Ein-

---

<sup>138</sup> Ebenda.

<sup>139</sup> Vgl. W. Müller, Sozialdemokratie und Einheitspartei. (Anm. 7), S. 154; Interview mit T. S. (das ist Stanislaw Trabalski) am 22. November 1973, in: B. W. Bouvier / H. - P. Schulz, „... die SPD aber aufgehört hat zu existieren“. Sozialdemokraten unter sowjetischer Besetzung, Bonn 1991, S. 213 f.

<sup>140</sup> Vgl. O. Buchwitz, „Brüder, in eins nun die Hände“, Berlin 1966, S. 126.

<sup>141</sup> B. W. Bouvier / H. - P. Schulz, Sozialdemokraten (Anm. 139), S. 21.

<sup>142</sup> StAL, SED-BA, III/01. Folgende Zitate dort entnommen.

heitspartei unter Zwang gesetzt werden sollen, daß die demokratischen Grundrechte der Mitglieder verloren gehen, daß dann die neue Partei voll und ganz unter sowjetischem Einfluß stehen wird.“ Trotz der inzwischen definitiven Absage Schumachers berief sich Trabalski auf die künftige Entscheidung durch einen Reichsparteitag. Eine Einheitspartei, die lediglich auf den russischen Sektor beschränkt bleibe, würde beim Wegfall der Zonengrenzen sofort wieder auseinanderfallen. In dieser Situation war es Heinrich Bretthorst, der dem immer noch einheits skeptisch argumentierenden Stanislaw Trabalski unerwartet in den Rücken fiel. Lohagens Behauptung, „in der grundsätzlichen Durchführung der politischen Linie im östlichen Sektor“ gebe es zwischen KPD und SPD „nicht die geringste Meinungsverschiedenheit“<sup>143</sup> veranlaßte ihn zur Freude; lediglich in der Frage des Tempos habe man eine andere Haltung eingenommen. Am besten wäre es gewesen, wenn sofort eine einheitliche Partei gebildet worden wäre. Bretthorst warb für Verständnis gegenüber dem Bezirksvorstand, dort stehe man unter dem Druck der Mitglieder. Nachdem der Zentralausschuß eingesehen habe, daß die Vereinigung beider Parteien kommen müsse, bestand nun für Heinrich Bretthorst kein Zweifel, „daß wir uns auch jetzt vollkommen hinter die Beschlüsse des Zentralausschusses stellen.“ Auch in Leipzig werde keiner davon abweichen. Bevor man aber endgültig zustimme, wolle man sich aber noch vergewissern, ob es sich tatsächlich um eine „zentrale Vereinbarung beider Parteizentralen“ handele. Daß ab sofort alle Parteiveranstaltungen gemeinsam stattfinden sollten, hielt Bretthorst zwar für übereilt, aber „wenn das der Standpunkt beider Zentralen ist, wird daran nicht gemeckert von uns aus. Wir stellen uns auch dann wieder hinter den Standpunkt unserer Zentrale. Aber wir möchten erst unsere Mitglieder aufklären.“<sup>144</sup> Bretthorsts Argumentation offenbarte seine autoritäre Prägung in Reinform, entsprach jedoch in der Konsequenz der bereits am 28. Januar in Dresden zum Ausdruck gebrachten Haltung der sächsischen SPD-Funktionäre, in der Frage der Einheitspartei eine endgültige Entscheidung vom Votum des Berliner Zentralausschusses abhängig zu machen. Der Kommunist Otto Schön kritisierte, daß die KPD mit der Sozialdemokratie „in den anderen sächsischen Bezirken und darüber hinaus nirgends solche Schwierigkeiten gehabt (habe) wie in Leipzig“. Die Schuld daran wies er den anwesenden SPD-Funktionären zu, die die SPD-Mitglieder an gemeinsamen Veranstaltungen gehindert hätten: „So wie eine Leitung sich stellt ... wird im wesentlichen die Mitgliedschaft dazu Stellung nehmen.“ In Thüringen habe die SPD auch nicht erst die Mitglieder gefragt, sondern den Zusammenschluß auf den 7. Februar festgelegt. Dieses Verständnis von innerparteilicher Entscheidungsfindung mußte die Sozialdemokra-

---

<sup>143</sup> StAL, SED-BA, III/01.

ten provozieren, hatte aber durchaus einen realen Kern. Wenn sich SPD-Funktionäre und -Mitglieder Ansinnen der KPD unter Hinweis auf fehlende Instruktionen der übergeordneten Leitungen verweigerten, so entsprach dies allerdings der Taktik des Zeitgewinns. Nach Ansicht von Emil Rauch, einem alten Sozialdemokraten, der bereits mit Franz Mehring zusammengearbeitet hatte, führte „gerade die Art und Weise, wie der Genosse Schön seine Argumente hinausgestoßen hat, [...] in der SPD zu allerhand Bedenken. Wir müssen daraus den Schluß ziehen, daß wir in der neuen Partei geboxhornt werden. So darf man nicht argumentieren, wenn man eine Einheitspartei gewinnen will, die nicht in allen Dingen Eurer Meinung ist. Wir haben trübe Erfahrungen gemacht. Wir haben Vereinbarungen getroffen, die nicht gehalten wurden.“

Für Gerhardt Ellrodt (KPD) ging aus Formulierungen wie: „Wir fügen uns der Situation“ hervor, daß die Leipziger Funktionäre der SPD „nicht aus eigenem Antrieb begreifen“ sondern lediglich, weil sie sich durch die Beschlüsse gezwungen fühlten. Daß die SPD-Vertreter bereits nicht mehr mit einer Stimme sprachen, zeigte sich an der Wortmeldung eines Sozialdemokraten, der die Einwände seiner Genossen als „kleinliche Bedenken“ beiseite wischte. Mit einem interessanten Kunstgriff versuchte nun Ernst Lohagen, die anwesenden „alten Herren“ der SPD auf seine Seite zu ziehen, indem er sie an ihre lange, teilweise fünfzigjährige Parteitradition erinnerte. Er verwies darauf, daß beide Parteien sich inzwischen zu zwei Dritteln aus neuen Mitgliedern zusammensetzten, die über keine Verbindung zur Geschichte der Arbeiterbewegung verfügten, teilweise durch die NS-Zeit belastet seien: „Wollt ihr diesen 2/3 das Abstimmungsrecht geben über den entscheidendsten Schritt, den die deutsche Arbeiterbewegung zu gehen hat? Wo bleibt da Eure Tradition, wo sind Eure Rechte als aktive Funktionäre? Ihr wollt das jetzt Kräften übergeben, die das nicht entscheiden können.“<sup>145</sup> Das offenbarte völlig das Organisationsverständnis der kommunistischen Führer, ihren pädagogischen Anspruch nicht nur gegenüber der Gesellschaft, sondern auch gegenüber der Partei.<sup>146</sup> Aus dem Bewußtsein, Einblick in die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft zu besitzen, leiteten sie das exklusive Recht zur Führung ab. Politik wurde so aus einem Gestaltungsinstrument zum Vermittlungsproblem. Zudem hatte gerade die KPD bislang in der Einheitskampagne bei der Organisierung von Beschlüssen und Resolutionen - durch die sie

---

<sup>144</sup> StAL, SED-BA, III/01, Blatt 12.

<sup>145</sup> Gemeinsame Besprechung des Bezirksvorstandes der SPD und der Unterbezirksleitung der KPD in Leipzig im Europahaus am 12. 2. 46. 15 Uhr, in: StAL, SED-BA, III/01. Dort auch alle weiteren Zitate.

<sup>146</sup> So wurden dann auch in der Berichterstattung die Schwierigkeiten „in der ideologischen Erziehung der Mitgliedschaft“ beklagt. Vgl. Material zur Berichterstattung über die Arbeit des Landesvorstandes Sachsen der SED für 1946/47, S. 3.

sich dann immer wieder legitimierte - kaum auf die politische Erfahrung der durch sie Mobilisierten geachtet.

Unter Berufung auf die Dresdener Vereinbarungen des Landesvorstandes Sachsen der SPD und der Bezirksleitung der KPD vom 28. Januar 1946 einigten sich beide Parteien schließlich auf die Einrichtung eines paritätisch besetzten Einheitsbüros und entsprechender Kommissionen.<sup>147</sup> Als Vertreter der SPD in dem am 13. Februar im Merkurhaus eingerichteten Einheitsbüro schlug der Bezirksvorstand Stanislaw Trabalski, Richard Fücksel, Ernst Schönfeld und August Kroneberg vor, als Stellvertreter Eduard Amborn, Johannes Stang, Frieda Linne', von denen eine selbstbewußte Wahrnehmung sozialdemokratischer Interessen erwartet wurde.

Die Argumentation der KPD-Funktionäre dürfte bei der Mehrheit der anwesenden sozialdemokratischen Funktionäre einen verheerenden Eindruck hinterlassen und jeden Zweifel über den von der KPD intendierten Charakter der geplanten Partei beseitigt haben. Trabalski berichtete, daß er in dieser Zeit über die Auflösung der Partei nachgedacht und im Bezirksvorstand darüber gesprochen habe. Den drei Tage nach der Beratung angesetzten Bezirksparteitag, der dafür die letzte Möglichkeit geboten hätte, hatte die SMA vorsorglich verboten. Die von Schumacher empfohlene und durch Trabalski erwogene Selbstauflösung unter Protest war nach Ansicht des ehemaligen Polizeipräsidenten Heinrich Fleißner nicht zu verantworten. In diesem Fall würden Tausende von Funktionären inhaftiert, was bei der hohen Sterblichkeit in den Lagern für viele einem Todesurteil gleichkomme. Dem konnte sich der SPD-Bezirksvorstand nicht verschließen. Hoffnungen setzte man auf das zahlenmäßige und intellektuelle Potential, das die Sozialdemokraten in die Einheitspartei einbringen würden. Mitte März 1946 standen in der Stadt Leipzig und dem Landkreis 41353 Sozialdemokraten 29998 Kommunisten gegenüber. In den Betrieben des Leipziger Bezirks waren 27 Prozent der männlichen Beschäftigten in der SPD organisiert, dagegen 5, 7 Prozent in der KPD. Von 2637 Betriebsratsmitgliedern gehörte über die Hälfte (52, 25 Prozent) der SPD und lediglich ein knappes Drittel (29, 88 Prozent) der KPD an.<sup>148</sup>

---

<sup>147</sup> Vgl. StAL, SED-BA, III/01.: „... Entsprechend ihren Vereinbarungen von Dresden beschließen beide Parteileitungen, auch in Leipzig ein Einheitsbüro der beiden Arbeiterparteien aus je 4 Vertretern zu schaffen. Gleichzeitig werden zur Vorbereitung einer recht baldigen Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien folgende gemeinsame Kommissionen gebildet“. Daneben sollten aus je 5 Vertretern beider Arbeiterparteien Kommissionen für Kultur und Schulung, Wirtschaftspolitik und Kommunalpolitik gebildet werden. Später kamen eine Jugend- und eine agrarpolitische Kommission hinzu.

<sup>148</sup> 1.) Protokoll der Org.-Konferenz der SED, Bezirk West-Sachsen vom 27./28. 5. 1946; 2.) Statistische Erhebungen über die SPD-Betriebsgruppen, 3.) Übersicht über die Stärke von Mitgliedern der KPD und SPD vor dem Vereinigungsparteitag sowie die zahlenmäßige Stärke der Mitgliedschaft der NSDAP vor 1945 nach Kreisen; sowie 4.) Notizen der Stadtleitung. Zu 2.) wurden 556 Betriebe mit 91.684 Beschäftigten erfaßt. Von den 23.701 Frauen 9,4 % bei der SPD und lediglich 4 % bei der KPD organisiert. Die gewerkschaftliche Organi-

Auf einer Sitzung des Kreisorganisationskomitees berichtete Trabalski am 13. März über den tags zuvor im Zentralauschuß beratenen Berliner Antrag auf eine Urabstimmung: „Wir sind aber der Meinung, daß die Urwahlen nicht ganz im Sinne der neuen Zeit liegen. Die schwierigen Verhältnisse in Berlin sind bedingt durch die vorausgegangenen Kämpfe. Es sind Dinge geschehen, die die Berliner Bevölkerung nicht vergessen hat.“ Trabalski verband den Verzicht auf eine Urabstimmung in Leipzig mit einem Fingerzeig: Wenn der Eindruck verhindert werden könnte, daß die Vereinigung unter sowjetischem Druck vollzogen wird, würde das die Arbeit der Berliner Genossen zweifellos erleichtern. Immerhin gelang die Nominierung der Leipziger Delegierten für den Berliner Vereinigungsparteitag auf dem Wege einer Urabstimmung.<sup>149</sup>

Auch im unmittelbaren Vorfeld der Parteienfusion blieb das Verhältnis zwischen den Mitgliedern und Funktionären beider Parteien gespannt. Die Anweisung des Bezirksvorstandes der SPD vom 1. März, vorläufig außer den August-Bebel- und Karl-Marx-Feiern keine gemeinsamen Mitglieder- und Funktionärsversammlungen beider Arbeiterparteien stattfinden zu lassen, um „Störungen der Vereinigungsaktion zu vermeiden“<sup>150</sup>, spricht für sich. Die Rundschreiben an die Vorsitzenden der Ortsvereine enthielten sich grundsätzlicher Stellungnahmen, beschränkten sich nahezu ausschließlich auf technische Hinweise, widmeten sich dem Vertrieb von Bebelplakaten - büsten und -postkarten, des Arbeitertaschenkalenders und von Delegiertenkarten. „Zum letzten Male in unserer lieben alten Partei“<sup>151</sup> meldeten sie sich am 16. April 1946.

Am 27. März 1946 sprach Otto Grotewohl noch einmal vor etwa 2.000 Leipziger Sozialdemokraten. Er bekundete Verständnis für die Bedenken gegen eine Vereinigung. Die nun offensichtliche zonenmäßige Ausrichtung der Parteipolitik begründete er mit der Ablehnung eines Reichsparteitages durch Kurt Schumacher.<sup>152</sup> Wenig überzeugend geriet Grotewohl der Hinweis, wonach der einzige Zwang zur Vereinigung nicht von der Besatzungsmacht, sondern von den sozialdemokratischen und den kommunistischen Genossen gleichermaßen ausgehe. Trotz der von ihm zuvor festgestellten breiten Zustimmung für eine Parteienfusion sah er sich zu einer Auseinanderset-

---

sation lag bei 82 % - 10 % höher als bei den Männern. Die zum Vergleich angegebene Mitgliederzahl der NSDAP betrug in Stadt und Landkreis Leipzig 80.000. Vgl. StAL, SED-BA, IV/BV/01 3.

<sup>149</sup> Inwieweit die Erinnerung Trabalskis, wonach von den auf diese Weise zusammengekommenen Delegierten aus Leipzig nur fünf oder sechs für die Vereinigung gewesen seien, zutreffend ist, läßt sich schwer überprüfen. (Interview mit T. S [Anm. 139], S. 216). Auf alle Fälle kam es am Rande des Vereinigungsparteitages im Admiralspalast zu einem Treffen Leipziger Delegierter mit Kurt Schumacher und Annemarie Renger in der Wohnung von Dr. Klaus-Peter Schulz im Eichkamp. Anschließend begann der Polizeirat Hans-Günther Weber mit dem Aufbau einer illegalen Parteiorganisation der SPD. Mitteilung von Hans-Günther Weber und Klaus-Peter Schulz an den Verfasser.

<sup>150</sup> Rundschreiben 5/46, 1. März 1946, in: StAL, SED-BA, II/2/07.

<sup>151</sup> StAL, SED-BA, II/2/07.



zung mit den dagegen sprechenden Argumenten veranlaßt. Grotewohl, der selbst noch am 26. August 1945 in Leipzig die Fremdsteuerung der KPD kritisiert hatte, wies dies nun mit dem läppischen Hinweis auf die 1943 erfolgte Auflösung der Kommunistischen Internationale zurück und behauptete, daß sich eine Übernahme Moskauer Weisungen durch die KPD nicht beweisen lasse. Es war die selbe Argumentation, für die er bereits am 1. März auf der großen Berliner Funktionärsversammlung im Admiralspalast Hohn und Spott geerntet hatte. An zweiter Stelle und mit einer überraschenden Ausführlichkeit ging Grotewohl auf die politische Offensive des Katholizismus ein, welche sich in Wahlerfolgen katholischer Volksparteien u. a. in Ungarn, Polen und Frankreich ausgezahlt hätte. Unter dem Eindruck des wachsenden Einflusses eines modernisierten Politischen Katholizismus, mit dem Bekenntnis zu Planwirtschaft und dem „religiösen Sozialismus“ sei „das Verhalten der kommunistischen Partei einer Prüfung zu unterziehen“. Auf den entscheidenden Einwand, daß die Prinzipien der persönlichen Freiheit durch die Vereinigung gefährdet seien, antwortete Grotewohl mit einem ausholenden historischen Exkurs, der eigentlich an dieser Frage vorbeiging. Den russischen Kollektivmenschen und die Abwesenheit eines liberalistischen Freiheitsbegriffes erklärte er aus der Besonderheit der russischen Geschichte und dem Überspringen des „liberalistischen Zeitalters des Westeuropäers“ durch die Oktoberrevolution. Schließlich verwies er auf nazistische und royalistische Tendenzen, um zu schließen: „Gegen Reaktion und Militaristen helfen nur vereinte Sozialisten.“ Mit nur neun Gegenstimmen sanktionierten die anwesenden SPD-Funktionäre die Politik des Zentralausschusses - allerdings in offener Abstimmung unter den wachsamen Augen der Militärregierung. Vor Beginn der Veranstaltung war Heinrich Fleißner aus dem Saal entfernt und unter einem Vorwand bei der SMA in Dresden festgehalten worden.

Am 30. März 1946 wurde im Plagwitzer Felsenkeller der Bezirksparteitag der SPD eröffnet. Nicht weit entfernt, in den Elstersälen tagte der Kreisparteitag der KPD. Es herrschte eine emotionsgeladene „außerordentliche Spannung und Erwartung“. Buchwitz' Begrüßung ging in einer „Unruhe“ unter, die einer Störung gleichkam. Anstelle Grotewohls vertrat Max Fechner den Berliner Zentralvorstand der SPD. Er erläuterte die These eines eigenen deutschen Weges zum Sozialismus. Auch von Trabalskis Rechenschaftsbericht war offenbar nur wenig zu verstehen. Ein Diskussionsredner meldete Bedenken gegen die zu erwartende Organisierung des Parteilebens auf einer hierarchisch-zentralistischen Basis an. Andere Delegierte forderten die baldige Aufhebung der beabsichtigten Parität und die geheime Wahl der Funktionäre, was sicherlich dem Be-

---

<sup>152</sup> Vgl. StAL, SED-BA, II/2/05; hier auch die weiteren Zitate.

wußtsein der zahlenmäßigen Überlegenheit der sozialdemokratischen Mitglieder in der bald verschmolzenen Leipziger Parteiorganisation entsprang. Immer wieder erfolgte der Hinweis auf das organisatorische und intellektuelle Potential, das die Sozialdemokratie in die Einheitspartei einbringe.<sup>153</sup>

Angenommen wurde eine von Stanislaw Trabalski vorgetragene Erklärung, die dem ZA das Vertrauen aussprach und die Grundsätze und Ziele der zu schaffenden Sozialistischen Einheitspartei begrüßte. Trabalski sprach rückblickend von einer „lahmen Mehrheit“<sup>154</sup>. In dem Telegramm an das ZK der KPD wurde von einer Gegenstimme berichtet. Dagegen hätten in getrennten Abstimmungen 1599 Delegierte von KPD und SPD „die Einheit der Arbeiterklasse und die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Leipzig beschlossen“<sup>155</sup>. Vor der Abstimmung hatten viele Delegierte den Tagungsraum verlassen.<sup>156</sup> Eine ebenfalls verabschiedete „Willensäußerung der Delegierten“ ließ ein gewisses Unbehagen erkennen. Man hielt es für nötig, zu betonen „auch in der Sozialistischen Einheitspartei alles dafür einzusetzen, daß die persönliche Sauberkeit, die politische Ehrlichkeit und die Achtung des demokratischen Willens, so wie wir Sozialdemokraten es gewöhnt sind, die wichtigsten Grundsätze der zukünftigen politischen Arbeit bleiben“. Dies mußte ein frommer Wunsch bleiben. Die Realität zeigte sich bereits am selben Tag. Diesmal wurde Erich Schilling, der bereits im Versammlungspräsidium Platz genommen hatte, auf Veranlassung der SMA aus dem Saal entfernt.<sup>157</sup> Einen Tag später fand die gemeinsame „Willenskundgebung für die Vereinigung“ im „Capitol“ statt.

Hoffnungen setzten die Sozialdemokraten auf zahlenmäßige Gewicht der eigenen Parteitradition, immerhin brachte die SPD in diesem Bezirk 71468 Mitglieder in 227 Ortsvereinen in die SED

---

<sup>153</sup> Bericht über den Bezirksparteitag der SPD, am 30. 3. 1946 im Felsenkeller, in: StAL, SED-BA, II/1/02.

<sup>154</sup> Resolution des Bezirksparteitages Leipzig der SPD am 30. 3. 1946: „Die auf dem Bezirksparteitag in Leipzig am 30. 3. 1946 versammelten Delegierten bekennen sich zu der sofortigen Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Die Delegierten erkennen die politische Haltung des Zentrallausschusses in der Einheitsfrage der deutschen Arbeiterklasse als die ihrige an und sprechen dem Zentrallausschuß ihr Vertrauen aus. Die Delegierten erklären, daß entsprechend der altbewährten Tradition in der Sozialdemokratischen Partei der Gesamt-Parteitag die statutenmäßig festgelegte höchste Instanz der Partei ist. Auf dem am 19. und 20. April in Berlin stattfindenden Gesamt-Parteitag werden die Delegierten als die Vertrauensmänner der Mitgliedschaft über die Frage der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien nach demokratischem Grundsatz endgültig entscheiden.“ in: StAL, SED-BA, II/1/02. Zum Abstimmungsergebnis vgl. W. Müller, Sozialdemokratie und Einheitspartei, S. 165, Anmerkung 108.

<sup>155</sup> Zitiert nach L. Opitz, Der Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Leipzig, Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig, Nr. 19, IX. Jg. / 1971, S. 52.

<sup>156</sup> Mitteilung von Dr. h. c. Hans-Günter Weber / Braunschweig.

<sup>157</sup> Vgl. AdsD, Nachlaß Erich Schilling, Die SPD nach 1945 in Leipzig, Manuskript, S. 7. Unter dem Eindruck massiver Einschüchterung habe demnach der Bezirksparteitag die Forderung nach Urabstimmung fallen gelassen.

ein, die 52975 KPD-Mitgliedern gegenüberstanden<sup>158</sup>; auch die während der Weimarer Republik erworbene organisations- und verwaltungspraktische Erfahrung schien einen vorsichtigen Optimismus, wie ihn auch Trabalski auf dem Vereinigungsparteitag artikuliert, zu rechtfertigen. Im Bezirksvorstand der SED für Westsachsen war Stanislaw Trabalski neben Ernst Lohagen paritätischer Parteivorsitzender; im Sekretariat übernahm Heinrich Bretthorst die Leitung der Abteilung für Personalpolitik. Bald widmete er sich der Verfolgung seiner ehemaligen sozialdemokratischen Genossen. Paritätischer Vorsitzender des Leipziger Kreisvorstandes der SED wurde Ernst Schönfeld. Auch hier war mit Walter Riehl ein Sozialdemokrat für die Personalpolitik verantwortlich. Kurt Kaulfuß, der die SPD-Betriebsgruppen organisiert hatte und Konflikten mit der KPD nicht ausgewichen war, gehörte ebenfalls dem Sekretariat an.

Der Titel des Parteiblattes der SED war eine Konzession an die Sozialdemokraten. Ab dem 19. Mai 1946 erschien die *Leipziger Volkszeitung* wieder, der im Leitartikel das zwiespältige Lob zuteil wurde, daß sie in ihrer Geschichte „der Forderung Lenins an eine revolutionäre Zeitung der Arbeiterbewegung gerecht geworden“<sup>159</sup> sei. Die Redaktion nahm in der Ruine der Leipziger Neuesten Nachrichten Quartier. Von der alten Redaktion gehörte ihr nur noch Paul Lange an, der von 1903 bis 1906 Mitarbeiter der *Leipziger Volkszeitung* gewesen war. Chefredakteur wurde dagegen mit Dr. Gerhard Dengler ein ehemaliges KPD-Mitglied. Die paritätische Besetzung der Leitungsfunktionen in der sächsischen Parteipresse von beiden Parteien aus Mangel an geeigneten Persönlichkeiten nicht gesichert werden konnte.<sup>160</sup>

Ein Zeitzeuge erinnerte sich, daß unter den Sozialdemokraten zu dieser Zeit keinesfalls eine Untergangsstimmung festzustellen gewesen sei. „Vielmehr herrschte die Meinung: ‘Wir sind doch da, wir bleiben doch, die wir sind!’ Auf unsere Festigkeit während der Nazizeit waren wir ein bißchen stolz. Was sollte Schlimmeres kommen?“<sup>161</sup> Schließlich blieb die „Perspektive auf einen Zusammenhalt der früheren Mitglieder in der neuen Partei, auf einen Erhalt der informellen Kommunikationsstrukturen“<sup>162</sup>, die dem sozialdemokratischen Milieu Stabilität - auch zu Zeiten der Verfolgung - verliehen hatten. Gerade darauf zielte dann auch die 1948 einsetzende Kampag-

---

<sup>158</sup> Vgl. StAL, SED-BA, IV/3V/03. Der Bezirk umfaßte neben Leipzig die Unterbezirke Borna, Döbeln, Oschatz, Grimma und Rochlitz.

<sup>159</sup> *Leipziger Volkszeitung* vom 19. Mai 1946 (als 1. Nummer des 1. Jahrgangs angegeben).

<sup>160</sup> Vgl. J. Schlimper, Thesen zur Geschichte der „*Leipziger Volkszeitung*“ seit 1946 bis zum Ende der DDR, Veröffentlichung des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V., Leipzig 1994 (unpag.).

<sup>161</sup> W. Schulze, *Zwei Fingerbreit Freiheit*, S. 98. Die Aussagen, die sich auf Chemnitz beziehen, spiegeln auch die Stimmungslage in Leipzig wider.

<sup>162</sup> W. Müller, *Sozialdemokratie und Einheitspartei* (Anm. 115), S. 51.

ne gegen den sogenannten Leipziger „Volkshauskreis“, des regionalen Synonyms für den „Sozialdemokratismus“.

## Resümee

Ohne die Präsenz und das zuweilen gewaltsame Eingreifen der Sowjetischen Besatzungsmacht wäre die Gründung der SED in Leipzig nicht möglich gewesen. Insofern trifft der - allerdings inzwischen zum politischen Kampfbegriff degenerierte - Terminus der „Zwangvereinigung“ zweifellos gerade auf Leipzig zu. Über das Zusammenspiel zwischen KPD und sowjetischer Militärverwaltung geben die ermittelten Quellen lediglich sporadisch Auskunft. Dabei fällt allerdings auf, daß die KPD nicht als Befehlsempfänger der SMA agierte, sondern es vielmehr verstand, diese zur Durchsetzung von Personalentscheidungen und zur administrativen Absicherung der von ihr verfolgten politischen Linie zu nutzen. Während sich führende Sozialdemokraten in Berlin und Dresden nach ersten Begegnungen mit Besatzungsoffizieren Hoffnungen auf ein dauerhaftes Sonderverhältnis machten, was einer euphorischen Stimmung entsprang, als sich negative Erwartungen zunächst nicht bestätigten, war das Verhältnis zwischen SPD und SMA in Leipzig von Anfang an gespannt.<sup>163</sup> Avancen von Besatzungsoffizieren gegenüber sozialdemokratischen Funktionären, wie sie etwa in Berlin gegenüber Karl Germer jr. gemacht wurden<sup>164</sup>, sind in Leipzig nicht bekannt. Allerdings wird von Zeitzeugen immer wieder hervorgehoben, daß sie nach einem im Juli 1945 erfolgten Wechsel innerhalb der Leipziger Militärverwaltung bei den verantwortlichen sowjetischen Offizieren mehr Verständnis gefunden hätten, als bei den Funktionären der KPD. Sogar von Warnungen vor kommunistischen Intrigen durch einen sowjetischen NKWD-Offizier wird berichtet.<sup>165</sup> Die Interventionen der SMA machten allerdings rasch deutlich, daß eine offene Ablehnung der KPD oder auch nur eine inhaltliche Auseinandersetzung mit ihr nicht geduldet würde. Zudem blieb der Leipziger Sozialdemokratie angesichts der Pressezensur und der Verweigerung einer eigenen Zeitung ein wesentliches Instrument innerparteilicher Meinungs- und Willensbildung versagt. An die Stelle innerparteilicher Diskussion traten zunehmend gegen den Willen des Bezirksvorstandes angesetzte Kundgebungen akklamativen Charakters. Der einheitsskeptischen Mehrheit innerhalb des Leipziger Bezirksvorstandes der SPD gelang es, mit dem formalen Argument, daß nur ein Reichsparteitag über eine Fusion mit der KPD bestim-

---

<sup>163</sup> Vgl. H. Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus (Anm. 7), Band 4. 1, S. 154 ff.

<sup>164</sup> Vgl. K. Germer, Von Grotewohl bis Brandt. Ein dokumentarischer Bericht über die SPD in den ersten Nachkriegsjahren, Landshut 1974.

<sup>165</sup> Auskünfte des ehemaligen Polizeirates Hans Günther Weber und von Fritz Lipinski.

men könne, ihren Handlungsspielraum solange zu erhalten, wie ein Ausgleich zwischen den sozialdemokratischen Führungszentren in Berlin und Hannover noch möglich erschien. Als Kurt Schumacher einem gesamtdeutschen SPD-Parteitag unter den Bedingungen des Besatzungsregiments definitiv eine Absage erteilte, verlor das einzige Argument gegen eine Vereinigung mit der KPD seine Bedeutung. Unter den gegebenen Umständen ließ sich die nun erhobene Forderung nach einer Urabstimmung nicht mehr durchsetzen. Eine legale Existenz von Sozialdemokraten erschien nur noch unter dem Dach der SED möglich. Angesichts ihrer Mitgliederstärke und Verwaltungserfahrung hofften die Leipziger Sozialdemokraten trotz aller Befürchtungen auf einen dominierenden Einfluß. Zugeständnisse der Kommunisten an die Sozialdemokraten, unter anderem in Personalfragen, bestärkten diese Erwartung. Noch auf dem Berliner Vereinigungsparteitag im April 1946 gaben die Kommunisten dem Druck der Leipziger Sozialdemokraten nach Festschreibung der Ortsgruppenstruktur nach. Seit Mai 1946 erschien die *Leipziger Volkszeitung* als offizielles Organ der SED im Bezirk Westsachsen. Dennoch verweigerte sich ein Viertel, wenn nicht sogar ein Drittel, der SPD-Mitglieder einer SED-Mitgliedschaft.<sup>166</sup>

In ihrem Selbstbewußtsein unterschätzten die Sozialdemokraten die Apparatstruktur der kommunistischen Partei. So gelang es den Kommunisten in Leipzig, die Sozialdemokraten bis 1950 zu marginalisieren und in mehreren „Säuberungs“wellen, die 1950/51 ihren Höhepunkt fanden, politisch auszuschalten. Innerhalb der SED zunehmend unter Druck geraten, befanden sie sich in einer Situation, die kaum alternatives Handeln zuließ. Bei einer Flucht in die Westzonen sahen sie sich dort einem immer stärkeren Rechtfertigungsdruck ausgesetzt.<sup>167</sup> Für die meisten dieser Generation von Sozialdemokraten kam eine Flucht allerdings von vornherein nicht in Frage. Für sie bildete „die Partei“ einen transzendenten Wert, an dem sie ihr gesamtes Leben ausgerichtet hatten. Gegen einen Parteiausschluß wehrten sie sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, wobei sie ihre Kraft auf die Widerlegung der oftmals konstruierten Anschuldigungen konzentrierten. Es darf nicht übersehen werden, daß dieses Schicksal auch zahlreiche Kommunisten traf, die die KPD aus dem NKFD heraus aufgebaut hatten.

Ebenso unzutreffend wäre es, die Sozialdemokraten lediglich als Opfer einer kommunistischen Intrige anzusehen. An der bereits in der Weimarer Republik mehrheitlich vertretenen Auffassung,

---

<sup>166</sup> Vgl. M. Rudloff / T. Adam, Leipzig - Wiege der deutschen Sozialdemokratie (Anm. 58), S. 216.

<sup>167</sup> Das Schicksal des Stanislaw Trabalski barg in dieser Hinsicht eine besondere Pointe. So hatte Ernst Lohagen in einem internen Gespräch 1945 angekündigt, im Falle einer Vereinigung mit der SPD, deren Bezirksvorsitzenden zum Hausmeister zu machen. Nachdem Trabalski aus politischen Gründen mehrere Jahre in Strafanstalten Hohenschönhausen und Bützow verbracht hatte, erklärte die SPD, ihm eventuell eine Hausmeisterstelle bei der Neuen Heimat anbieten zu können. (Mitteilung durch Karl Trabalski / Düsseldorf).

welche der Demokratie lediglich den Charakter eines Durchgangsstadiums zu einer prospektiven sozialistischen Gesellschaft beimaß, hatten auch die Erfahrungen der NS-Jahre wenig geändert. Die Abkehr von einer „rein formalen Demokratie“ zugunsten einer auf die Vergesellschaftung der Wirtschaft gerichteten Demokratie hatte die Leipziger SPD im Juni 1945 programmatisch verkündet.<sup>168</sup> Die gleichsam geforderten bürgerlichen Freiheitsrechte erschienen auch vielen Sozialdemokraten angesichts der sich eröffnenden historischen Chance tiefgreifender gesellschaftlicher Umgestaltungen als sekundär.

---

<sup>168</sup> Vgl. das „Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Bezirk Leipzig“, StAL, SED-BA, II/1/01.